

Die ZEW-Erhebung bei Zeitarbeitsbetrieben

Dokumentation der Umfrage und Ergebnisse von Analysen

Andreas Ammermüller, Bernhard Boockmann,
Alfred Garloff, Anja Kuckulenz, Alexander Spermann

Dokumentation Nr. 03-07

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Centre for European
Economic Research

www.zew.de

Die ZEW-Erhebung bei Zeitarbeitsbetrieben

Dokumentation der Umfrage und Ergebnisse von Analysen

Andreas Ammermüller, Bernhard Boockmann,
Alfred Garloff, Anja Kuckulenz, Alexander Spermann

Dokumentation Nr. 03-07

Laden Sie diese ZEW Dokumentation von unserem ftp-Server:

<ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/docus/dokumentation0307.pdf>

Die ZEW-Erhebung bei Zeitarbeitsbetrieben

Dokumentation der Umfrage und Ergebnisse von Analysen

Andreas Ammermüller
Bernhard Boockmann
Alfred Garloff
Anja Kuckulenz
Alexander Spermann

August 2003

ISSN 1611-681X

Wir danken dem Förderkreis für Wissenschaft und Praxis am ZEW e.V. für die finanzielle Unterstützung des Projekts, Margrit Rexrodt von ZUMA für wertvolle Hilfe bei der Erstellung des Fragebogens, Helmut Fryges, Norbert Janz, Jürgen Moka, Bettina Peters, Friedhelm Pfeifer und Alexandra Spitz für nützliche Anregungen und Kommentare und Christoph Junkert und Thomas Nierlich für unermüdliche Unterstützung bei der Durchführung der Erhebung und der Dokumentation der Ergebnisse.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Bernhard Boockmann
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW)
L 7, 1 · 68161 Mannheim
Telefon: +49-(0)621/1235-156
Telefax: +49-(0)621/1235-225
E-Mail: boockmann@zew.de

© ZEW 2003

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	5
2. AUSARBEITUNG DES FRAGEBOGENS	7
2.1 KONZEPTION DES FRAGEBOGENS.....	7
2.2 ÜBERARBEITUNG DES FRAGEBOGENS UND PRETEST.....	9
3. AUSWAHL DER ZU BEFRAGENDEN BETRIEBE	9
3.1 MARKUS-DATENBASIS	9
3.2 AUSWAHL DER STICHPROBE	11
4. ERHEBUNG DER DATEN.....	13
4.1 VERSAND DER FRAGEBÖGEN	13
4.2 RÜCKLAUF	13
4.3 ERFASSUNG DER FRAGEBÖGEN UND DATENAUFBEREITUNG.....	15
4.4 KONSISTENZ DER MARKUS-DATEN UND DER ERHOBENEN DATEN	15
4.5 GEWICHTUNG DER DATEN	16
5. DESKRIPTIVE DARSTELLUNG DER DATEN.....	17
5.1 FRAGEN ZU DEN PERSPEKTIVEN DER ZEITARBEIT	17
5.2 FRAGEN ZU DEN BESCHÄFTIGTEN	19
5.3 FRAGEN ZUM BETRIEB	29
6. MULTIVARIATE ANALYSE DER PERSPEKTIVFRAGEN	35
7. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN.....	42
7.1 AUSSAGEKRAFT DES DATENSATZES	42
7.2 WICHTIGSTE ERGEBNISSE.....	42
7.3 FORSCHUNGSAUSBLICK	43
8. LITERATURVERZEICHNIS	44

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anteil der Betriebe nach Umsatz als Prozentsatz aller Betriebe im Land	11
Abbildung 2: Erwartete Veränderung der Personalkosten	18
Abbildung 3: Erwartete Umsatzveränderungen	19
Abbildung 4: Interesse der Firmen an einer Tätigkeit als PSA	19
Abbildung 5: Anzahl der Arbeitnehmer	20
Abbildung 6: Anteil der Betriebe, die über 20% ihrer Arbeitnehmer in die jeweilige Branche entleihen.....	21
Abbildung 7: Qualifikation der Arbeitnehmer in den Betrieben.....	21
Abbildung 8: Anteil der Betriebe mit Anteil von Arbeitnehmern ohne abgeschl. Berufsausbildung	22
Abbildung 9: Anteil der Betriebe mit Anteil von Arbeitnehmern mit beruflicher Ausbildung.....	23
Abbildung 10: Frauenanteil an den Beschäftigten	23
Abbildung 11: Relative Häufigkeit der Anteile der Zeitarbeiter bis 25 Jahre.....	24
Abbildung 12: Relative Häufigkeit der Anteile der Zeitarbeiter zwischen 26 und 35 Jahren.....	24
Abbildung 13: Relative Häufigkeit der Anteile der Zeitarbeiter zwischen 36 und 45 Jahren.....	25
Abbildung 14: Relative Häufigkeit der Anteile der Zeitarbeiter über 45 Jahren	25
Abbildung 15: Entleihsätze eines Hilfsarbeiters relativ zu den Kosten bei Festeinstellung	26
Abbildung 16: Entleihsätze eines Schlossers relativ zu den Kosten bei Festeinstellung.....	26
Abbildung 17: Entleihsätze einer Kauffrau relativ zu den Kosten bei Festeinstellung.....	27
Abbildung 18: Entleihsätze einer IT-Fachkraft relativ zu den Kosten bei Festeinstellung.....	27
Abbildung 19: Anteil der Betriebe, die den Arbeitnehmer zu einem Verleihsatz von 10% oder mehr unter den vergleichbaren Kosten entleihen	28
Abbildung 20: Anteil der Betriebe, die den Arbeitnehmer unter den vergleichbaren Kosten entleihen.....	28
Abbildung 21: Gründungsjahr.....	30
Abbildung 22: Relative Häufigkeit der Anzahl der Niederlassungen.....	30
Abbildung 23: Relative Häufigkeit der Zeitarbeitsfirmen, die in den 12 Monaten vor der Befragung über 10% ihrer Zeitarbeiter in die folgenden Bundesländer entleihen haben.....	31
Abbildung 24: Umfang des Stammpersonals.....	31
Abbildung 25: Umsatz in Millionen Euro.....	32
Abbildung 26: Umsatzanteil der Arbeitnehmerüberlassung	32
Abbildung 27: Umsatzanteil der Vermittlung.....	33
Abbildung 28: Umsatzanteil sonstiger Geschäftsfelder	33
Abbildung 29: Anzahl der Nutzerunternehmen	34
Abbildung 30: Wettbewerbssituation der Zeitarbeitsbetriebe.....	35

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Anteil der Betriebe je Zelle an allen Zeitarbeitsbetrieben in MARKUS in Prozent	11
Tabelle 2: Auswahlwahrscheinlichkeit der Unterstichproben je Zelle	12
Tabelle 3: Anteil der Betriebe in den Unterstichproben an der Stichprobengröße in Prozent.	12
Tabelle 4: Firmen im Datensatz je Zelle	14
Tabelle 5: Antwortraten je Zelle	14
Tabelle 6: Vergleich zwischen Umsatzkategorien der MARKUS-Daten und der Umfrage....	16
Tabelle 7: Gewichte je Zelle	17
Tabelle 8: Geordnete Probit-Schätzung der Umsatzerwartungen	37
Tabelle 9: Geordnete Probit-Schätzung des Interesses an PSA	38

1. Einleitung

Unter den Mitteln zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes spielt die Zeitarbeit eine zunehmend wichtige Rolle. Nach der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit ist die Zahl der in Zeitarbeit Beschäftigten im vergangenen Jahrzehnt um das Drei- bis Vierfache auf 1,2 Prozent der Beschäftigten im Jahr 2002 gestiegen. In anderen Ländern hat die Zeitarbeit sogar noch einen deutlich höheren Beschäftigtenanteil. In Großbritannien sind 2,1 Prozent aller Arbeitnehmer als Zeitarbeitnehmer tätig, in Frankreich 2,7 Prozent und in den Niederlanden 4 Prozent (Storrie, 2001).¹

Die Zeitarbeit könnte auch in Deutschland künftig weiter an Bedeutung gewinnen. Das „Erste Gesetz über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, das erste der auf die Vorschläge der Hartz-Kommission zurückgehende Gesetze, sieht die Einrichtung von Personal-Service-Agenturen (PSA) vor, die wie Zeitarbeitsbetriebe Arbeitnehmerüberlassung betreiben. Im Unterschied zu diesen beschäftigen sie jedoch nur bisher Arbeitslose. Hinter dieser Maßnahme steht die Erwartung, dass Arbeitslose über die Beschäftigung als Zeitarbeitnehmer leichter den Übergang in ein reguläres Arbeitsverhältnis schaffen. Die PSA werden von den Arbeitsämtern organisiert. Die Einrichtung von PSA wird jedoch öffentlich ausgeschrieben, so dass auf die Erfahrung der privaten Zeitarbeitsfirmen zurückgegriffen werden kann.

Neben den Vorschriften über PSA enthält das erste Hartz-Gesetz Vorschriften, die das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) verändern und sich auf diese Weise ebenfalls auf den Umfang auswirken könnten, in dem Zeitarbeit genutzt wird. Obwohl das Gesetz bereits zum 1. Januar 2003 in Kraft getreten ist, gilt für diesen Teil des Gesetzes eine Übergangsvorschrift, durch die das Gesetz erst von Januar 2004 an volle Wirkung erhält. Die Änderungen betreffen einerseits bisher geltende Einschränkungen der Zeitarbeit. So gibt es künftig keine gesetzliche Höchstdauer für die Entleihung eines Arbeitnehmers an ein Nutzerunternehmen mehr. Auch die Vorschrift, dass Zeitarbeitsunternehmen Beschäftigte nur mit unbefristetem und nicht mit befristetem Arbeitsvertrag einstellen dürfen sowie das Verbot der Neueinstellung innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten nach der Kündigung entfallen. Schließlich wird das sogenannte Synchronisationsverbot aufgehoben, wonach die Beschäftigungsdauer beim Zeitarbeitsunternehmen über der Dauer der erstmaligen Entleihung des Arbeitnehmers liegen muss. Diese Deregulierung war lange Zeit von der Zeitarbeitsbranche gefordert worden und soll nun die Nutzung des Instruments Zeitarbeit zur Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt erleichtern.

¹ Angaben für das Jahr 1999.

Auf der anderen Seite wurde durch das Hartz-Gesetz der Grundsatz des „equal treatment“, darin eingeschlossen auch das Prinzip des „equal pay“, in das AÜG eingeführt. Danach müssen einem Leiharbeitnehmer die gleichen Arbeitsbedingungen und das gleiche Arbeitsentgelt gewährt werden wie einem vergleichbaren Arbeitnehmer im Betrieb des Entleihers. Ausnahmen sind nur für zuvor arbeitslose Leiharbeitnehmer für eine Überlassung von höchstens 6 Wochen Dauer vorgesehen. Ihnen muss mindestens ein Nettoarbeitsentgelt in Höhe des zuletzt erhaltenen Arbeitslosengeldes bezahlt werden.² Abweichungen für andere Arbeitnehmer sind allerdings möglich, wenn ein Tarifvertrag dies festlegt. Um diese abweichenden Regelungen anzuwenden, müssen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht tarifgebunden sein, sondern können dies auch einzelvertraglich vereinbaren.

Im Frühjahr 2003 setzten zwischen unterschiedlichen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden die ersten Tarifverhandlungen ein. Zum Zeitpunkt des Fragebogenversands bestand lediglich ein Tarifvertrag zwischen der Tarifgemeinschaft Christliche Gewerkschaften Zeitarbeit und PSA (CGB) und der Interessengemeinschaft Nordbayerischer Zeitarbeitsunternehmen e.V. (INZ). Während der Erhebungsphase kamen drei weitere Tarifverträge hinzu, die zwischen dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) und den Mitgliedsgewerkschaften des DGB, zwischen dem Bundesverband Zeitarbeit e.V. (BZA) und den DGB-Gewerkschaften sowie zwischen der Mittelstandsvereinigung Zeitarbeit e.V. (MVZ) und der Tarifgemeinschaft Christliche Gewerkschaften Zeitarbeit und PSA geschlossen wurden. Die jeweils vereinbarten Mindeststundenlöhne liegen (für Westdeutschland) zwischen 6,01€ (Tarifvertrag von MVZ und CGB) und 6,85€ (Tarifvertrag von BZA und DGB). Dies sind deutlich geringere Löhne, als sie beispielsweise nach den Tarifverträgen für die Metallindustrie in den untersten Lohngruppen gezahlt werden.

Die Entwicklung der Branche nach den neuen rechtlichen Richtlinien ist schwer einzuschätzen. Insbesondere gibt der derzeitige Forschungsstand keine Antwort auf die Frage, wie viele Arbeitnehmer die Unternehmen zu welchen Bedingungen in Zeitarbeitsverhältnisse aufnehmen würden. In diesem Punkt beruhen die Vorschläge der Hartz-Kommission auf der optimistischen Erwartung, dass Konditionen gefunden werden können, die Zeitarbeit für die Unternehmen attraktiv genug machen. Sie können sich dabei jedoch nicht auf die Ergebnisse empirischer Untersuchungen stützen.

Die hier dokumentierte Erhebung bei Zeitarbeitsbetrieben soll mit ihren Ergebnissen dazu beitragen, die Lücken im Wissen über die Bedingungen der Arbeitnehmerüberlassung zu schließen. In der bislang größten Umfrage unter Zeitarbeitsbetrieben haben 471 Betriebe aus

² Diese Ausnahme gilt nicht, wenn mit demselben Verleiher bereits ein Leiharbeitsverhältnis bestanden hat.

allen Regionen Deutschlands Angaben zu ihren Arbeitskräften und deren Qualifikation und Einsatzbranche und zu unternehmensspezifischen Kontrollvariablen gemacht. Zudem wurde die relative Höhe der Verrechnungssätze erfragt, welche die Betriebe von den Firmen für die Überlassung verlangen. Weitere Fragen beziehen sich auf die Perspektiven der Zeitarbeit in Deutschland, insbesondere auf die erwartete Auswirkung des Hartz-Konzeptes auf die Entwicklung der Geschäftstätigkeit. Die erhobenen Daten zu den Verleihsätzen und den Perspektiven der Zeitarbeit sind in der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit überhaupt nicht und weitere Daten über die Zeitarbeitsbetriebe nur in stark aggregierter Form vorhanden. Somit erlaubt der aus der Erhebung erstellte und im Folgenden beschriebene Datensatz eine ausführlichere Analyse des Angebots der Arbeitnehmerüberlassung als mit bisher verfügbaren Daten.

Im ersten Teil dieses Arbeitsdokuments (Kapitel 2 bis 4) wird die Vorgehensweise bei der Datenerhebung geschildert. Er soll dazu dienen, möglichen Nutzern des Datensatzes Informationen über seine Erstellung zu geben. Im zweiten Teil (Kapitel 5) werden auf die Grundgesamtheit hochgerechnete Auswertungen des Datensatzes wiedergegeben. Hierbei beschränken wir uns auf univariate Darstellungen. Im dritten Teil (Kapitel 6) werten wir einen Teil der Antworten, nämlich die Einschätzungen der Betriebe zu den im Hartz-Paket enthaltenen Maßnahmen, auch in multivariaten Analysen aus.

2. Ausarbeitung des Fragebogens

2.1 Konzeption des Fragebogens

Der Fragebogen ist im Anhang vollständig abgedruckt; er gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil enthält Fragen zu den Perspektiven der Zeitarbeit. Im zweiten Teil werden Fragen zu den Beschäftigten gestellt, z.B. zu Anzahl, Qualifikation, Branche und Geschlecht der Zeitarbeitnehmer und zu den Verrechnungssätzen. Im dritten Teil des Fragebogens werden die Kontrollvariablen zu den Eigenschaften der Betriebe erhoben.

Die ersten beiden Teile des Erhebungsinstruments spiegeln die doppelte Zielsetzung der Befragung wider. Einerseits sollte eine Einschätzung der Folgen aktueller politischer Maßnahmen seitens der betroffenen Betriebe gewonnen werden. Andererseits sollten detaillierte Angaben zu den Entleihverhältnissen erhoben werden, die für Analysen des Angebotsverhaltens der Zeitarbeitsfirmen oder der Nachfrage der Nutzerunternehmen verwendet werden können.

Die Perspektivfragen (Fragen 1 – 3) zu den aktuellen Änderungen im gesetzlichen Rahmen wurden bewusst verhältnismäßig allgemein gestellt, da abzusehen war, dass im Zeitraum der Befragung (Ende März bis Anfang Mai 2003) neue Informationen insbesondere über die künftig anzuwendenden Tarifverträge verfügbar werden würden. Im Zentrum steht daher der Gesamteffekt der durch die Hartz-Vorschläge ausgelösten Entwicklungen, wie sie sich aus dem „Ersten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ vom Dezember 2002 ergeben. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist daher der Befragungszeitpunkt zu berücksichtigen.

Bei den Angaben über die Entleihungen spielt vor allem die Höhe der Entleihsätze eine wichtige Rolle (Frage 10). Die bislang vorhandene Evidenz hierüber kann nur als punktuell bezeichnet werden (vgl. z.B. Schröder, 1997, S. 47). Bei der Konstruktion des Fragebogens wurde darauf geachtet, dass die Antwortverweigerung der Betriebe (item non-response) nicht zu hoch ausfallen würde. Aus diesem Grund wurden die Entleihsätze für Zeitarbeitnehmer unterschiedlicher Qualifikation nicht direkt in Euro abgefragt. Statt dessen wurden die Betriebe um eine Einschätzung gebeten, wie hoch ihre Entleihsätze im Verhältnis zu den Personalkosten von regulär in den Nutzerunternehmen Beschäftigten sind. Hierbei wurde von der Annahme ausgegangen, dass die Entleihunternehmen eine hinreichend präzise Vorstellung über die Personalkosten ihrer Kunden besitzen. In den Pretests des Fragebogens wurde auf diesen Aspekt explizit eingegangen.

Wichtige weitere Angaben beziehen sich auf die Beschäftigung von Zeitarbeitnehmern, wobei sowohl der Umfang der Beschäftigung erfasst wurde (Fragen 4 und 5) als auch ihre Zusammensetzung hinsichtlich der Merkmale Branche (Frage 6), Qualifikation (Frage 7), Geschlecht (Frage 8) und Alter (Frage 9). Schließlich wurde erfasst, in welche Regionen (Bundesländer) der jeweilige Betrieb Arbeitnehmer entliehen hat (Frage 18).

Die Auswahl und Formulierung der im Fragebogen erhobenen betriebspezifischen Charakteristika (Fragen 11 bis 17 sowie 19 bis 23) orientierte sich stark an anderen Befragungen von Betrieben wie beispielsweise dem IAB-Betriebspanel. Wichtig sind hierbei insbesondere die Anzahl der als Stammpersonal Beschäftigten (Frage 19), die Höhe des Umsatzes (Frage 20) und die Zahl der Nutzerunternehmen (Frage 22). Da der Datensatz auch Betriebe enthält, die neben der Arbeitnehmerüberlassung andere Geschäftsfelder besitzen, wurde der entsprechende Umsatzanteil ebenfalls erhoben, wobei gleichzeitig auch der in der Vermittlung von Arbeitnehmern erzielte Umsatz abgefragt wurde (Frage 21). In der letzten Frage wurden die Betriebe um eine Einschätzung der Wettbewerbssituation in ihrem Marktsegment gebeten.

2.2 Überarbeitung des Fragebogens und Pretest

Die Verbesserung des Fragebogens vollzog sich in mehreren Phasen. Zunächst wurden Wissenschaftler innerhalb des ZEW konsultiert, die Erfahrung mit schriftlichen Befragungen besitzen. Der so verbesserte Fragebogen wurde dann an das Zentrum für Umfragen, Meinungen und Analysen (ZUMA) übermittelt, wo er von einer Expertin geprüft und kommentiert wurde. In einem dritten Schritt wurde die Akzeptanz des Fragebogens in einer Reihe von Pretests geprüft. Hierbei ging es insbesondere darum, ob die Beantworter des Fragebogens die Fragen verständlich finden und bereit sein würden, die gewünschten Informationen mitzuteilen. Hierzu wurden die Geschäftsführer von 20 in Mannheim und Ludwigshafen ansässigen Zeitarbeitsbetrieben mit jeweils unterschiedlicher Umsatzhöhe und Rechtsform sowie unterschiedlichem Gründungsjahr angeschrieben. Sechs Geschäftsführer erklärten sich zu einem mündlichen Interview bereit und wurden in der folgenden Woche von einem Mitarbeiter im Projektteam aufgesucht. Die befragten Personen wurden gebeten, den Fragebogen auszufüllen, wobei jede Bemerkung oder geäußerte Frage vom Mitarbeiter protokolliert wurde. Anschließend wurden noch drei Fragen zur Präzision und Verständlichkeit der Fragen und zur Sensibilität der erfragten Informationen gestellt. Der Interviewer erstellte nach dem Gespräch ein Protokoll, anhand dessen mögliche Veränderungen des Fragebogens im Projektteam diskutiert wurden. Der Pretest diente einerseits der Verbesserung des Fragebogens, besonders bei der Formulierung sensibler Fragen über die Verrechnungssätze, andererseits ergab er ein erstes Stimmungsbild über die geplanten Reformen.

3. Auswahl der zu befragenden Betriebe

Der Fragebogen wurde Ende März 2003 erstmalig an eine Auswahl von 1431 Betrieben der Zeitarbeitsbranche versandt. In diesem Abschnitt beschreiben wir die Grundgesamtheit und die Ziehung einer geschichteten Stichprobe.

3.1 MARKUS-Datenbasis

Die Anschriften der Zeitarbeitsbetriebe, der Name des Geschäftsführers sowie einige Basisdaten wie Umsatz und Beschäftigtenzahl stammen aus der MARKUS-Datenbank am ZEW, eine Abkürzung für Marketing-Untersuchung. Diese Daten basieren auf den Erhebungen von CREDITREFORM, der größten deutschen Kreditauskunftei und stammen aus der MARKUS-Datenbank in der Version vom Herbst 2002. Die CREDITREFORM-Daten werden dem ZEW halbjährlich bereitgestellt (vgl. zum Folgenden insbesondere Engel und Fryges, 2001). Auf

grund der speziellen Zielsetzung der Erhebung enthalten die CREDITREFORM-Daten fast ausschließlich Angaben über rechtlich selbstständige Unternehmen und nur in geringem Anteil Angaben von rechtlich nicht selbstständigen Betrieben. Grundsätzlich sprechen wir jedoch im Folgenden immer von Betrieben als den Einheiten der Untersuchung.

CREDITREFORM hat deutschlandweit 134 unabhängige Büros, die dezentral, allerdings nach einem einheitlichen Muster, ihre Daten erheben.³ Diese dienen der Information potenzieller Geschäftspartner des betreffenden Unternehmens hinsichtlich dessen finanzieller Situation. CREDITREFORM hat deshalb ein großes Interesse an der Aktualität seiner Daten. Zu diesem Zweck wird regelmäßig das Handelsregister überprüft. Die meisten im Handelsregister eingetragenen Firmen sind daher in der MARKUS-Datenbank vorhanden. Die Erfassung nicht-eintragungspflichtiger Betriebe, welche in der Regel sehr klein sind, hängt allerdings von deren Kreditnachfrage und dem Umfang der Geschäftsbeziehung zu anderen Unternehmen ab, was zu deren Unterrepräsentation in der Datenbasis führen kann. Abgesehen vom Handelsregister werden jedoch auch Tageszeitungen, Geschäftsberichte und veröffentlichte Bilanzen zur Informationsgewinnung genutzt. Alle Daten werden mittels Branchenanalyseprogrammen und öffentlich zugänglicher Informationen auf ihre Konsistenz überprüft. Regionale Verzerrungen sind aufgrund der dezentralen Erhebungsmethode nicht ganz auszuschließen.

Für die Stichprobe der anzuschreibenden Betriebe wurden zunächst alle Betriebe mit dem Branchencode 74.50.2 (Gewerbsmäßige Überlassung von Arbeitskräften) gezogen, insgesamt 2422 Betriebe. Diese Betriebe stellen die Grundgesamtheit der Erhebung dar. Um Erhebungskosten zu sparen, wurde keine Vollerhebung vorgenommen, sondern eine geschichtete Stichprobe aus der Grundgesamtheit gezogen. Schichtungskriterien waren dabei das Bundesland und die Höhe des Umsatzes. Bundesländer wie auch Umsatzkategorien mit sehr kleiner Population wurden teilweise zusammengefasst. Schließlich verblieben 13 Aufteilungen nach Ländern und vier nach Umsatz, die als Anteil aller in der MARKUS-Datenbank vorhandenen deutschen Zeitarbeitsbetriebe in Tabelle 1 dargestellt werden.

³ CREDITREFORM erhebt Daten in Deutschland und in Österreich. Österreichische Betriebe wurden jedoch nicht in die hier benutzte Grundgesamtheit aufgenommen.

Umsatz in Tsd €	Baden-Württemberg	Bayern	Bremen + Hamburg	Hessen	Niedersachsen + Schl.-Holstein	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz + Saarland	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Summe
n.a.	2,97	2,31	0,62	1,03	1,65	2,64	0,95	0,66	0,29	0,08	0,33	0,25	0,08	13,88
1-1000	3,02	5,49	2,23	2,64	2,97	6,98	1,86	1,24	0,70	0,41	1,57	1,07	0,83	31,02
1001-5000	3,63	8,18	1,98	2,35	3,84	11,44	2,81	1,40	0,50	0,29	1,03	0,87	0,50	38,83
>5000	1,45	4,30	1,07	1,36	1,32	4,09	0,99	0,45	0,12	0,17	0,33	0,41	0,21	16,27
Summe	11,07	20,28	5,91	7,39	9,79	25,15	6,61	3,76	1,61	0,95	3,26	2,60	1,61	100

Tabelle 1: Anteil der Betriebe je Zelle an allen Zeitarbeitsbetrieben in MARKUS in Prozent

Es wird deutlich, dass die Umsatzzellen in den östlichen Bundesländern nur sehr wenig Firmen enthalten und dass fast die Hälfte der Zeitarbeitsfirmen in Nordrhein-Westfalen oder Bayern ansässig sind. Abbildung 1 stellt den Anteil der Betriebe nach zuletzt angegebenem Umsatz in tausend Euro an allen Zeitarbeitsbetrieben in dem jeweiligen Bundesland in Prozent dar. Betriebe, die keinen Umsatz angaben, sind in der Kategorie „n.a.“ zusammengefasst.

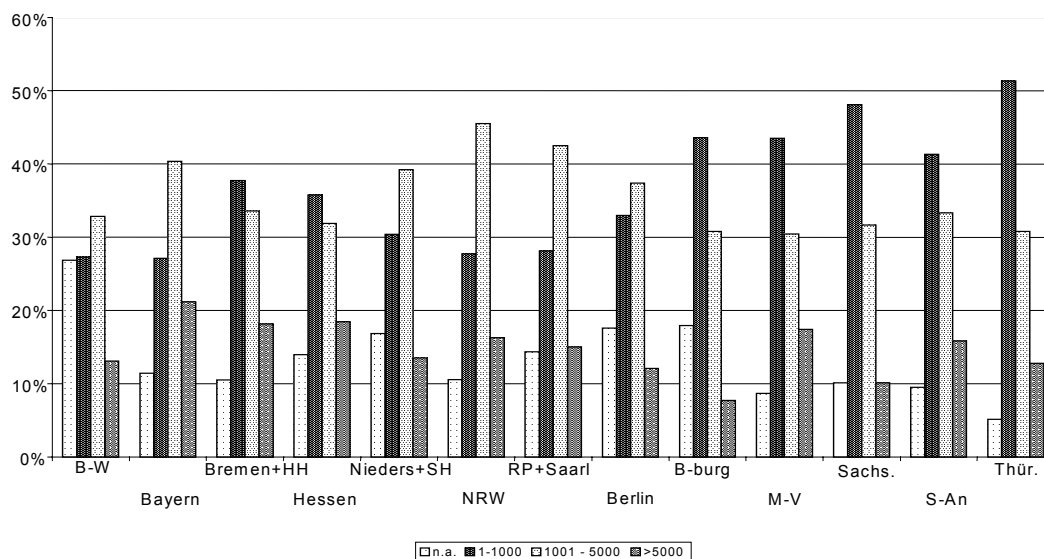


Abbildung 1: Anteil der Betriebe nach Umsatz als Prozentsatz aller Betriebe im Land

Dabei fällt auf, dass kleinere Betriebe mit einem zuletzt angegebenen Umsatz bis zu einer Million Euro in den östlichen Bundesländern den größten Anteil haben, während es in den westlichen Bundesländern zumeist Betriebe mit einem Umsatz bis zu 5 Millionen Euro sind.

3.2 Auswahl der Stichprobe

Bei der Ziehung der geschichteten Stichprobe wurde jeder durch Umsatzklasse und Region definierten Zelle eine eigene Auswahlwahrscheinlichkeit zugeordnet. Zellen mit kleineren Populationen erhielten höhere Auswahlwahrscheinlichkeiten, um die Zellenpopulation in der

Stichprobe nicht zu klein werden zu lassen. Alle ostdeutschen Länder sowie die Firmen der größten Umsatzkategorie (bis auf Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz+Saarland) erhielten die Auswahlwahrscheinlichkeit 1. Für die anderen Zellen liegt sie zwischen 0,35 und 0,7. Hieraus ergab sich eine Stichprobengröße von 1431. Die Wahrscheinlichkeit der Betriebe, in die Stichprobe gezogen zu werden, stellt Tabelle 2 dar. Die geschichtete Stichprobe, in der die Unterstichproben aus den einzelnen Schichten gezogen werden, hat Vorteile gegenüber der einfachen Stichprobe, bei der keine Unterteilung vorgenommen wird. Durch die Einteilung von Beobachtungen nach Eigenschaften, die Auswirkungen auf die zu befragenden Themen haben (in unserem Fall Umsatz und Region), können genauere Angaben auch zu den schwach besetzten Schichten gemacht werden und zudem die Standardfehler der erhobenen Variablen gesenkt werden (vgl. Cochran, 1972: 114ff).

Umsatz in Tsd €	Baden-Württemberg	Bayern	Bremen + Hamburg	Hessen	Niedersachsen + Schl.-Holstein	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz + Saarland	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
n.a.	0,5	0,4	0,7	0,6	0,5	0,35	0,65	1	1	1	1	1	1
1-1000	0,5	0,4	0,7	0,6	0,5	0,35	0,65	1	1	1	1	1	1
1001-5000	0,5	0,4	0,7	0,6	0,5	0,35	0,65	1	1	1	1	1	1
>5000	0,95	0,7	1	1	1	0,7	0,9	1	1	1	1	1	1

Tabelle 2: Auswahlwahrscheinlichkeit der Unterstichproben je Zelle

Die Stichprobenauswahl wurde mit Hilfe des Programms STATA durch den auf Pseudo-Zufallszahlen beruhenden „sample“-Befehl gezogen. Die Betriebe der Stichprobe wurden anschließend nach Postleitzahl und Name sortiert und fortlaufend nummeriert. Den Anteil der einzelnen Zellen an der Stichprobe in Prozent zeigt Tabelle 3.

Umsatz in Tsd €	Baden-Württemberg	Bayern	Bremen + Hamburg	Hessen	Niedersachsen + Schl.-Holstein	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz + Saarland	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Summe
n.a.	2,52	1,54	0,77	1,05	1,40	1,54	1,05	1,12	0,49	0,14	0,56	0,42	0,14	12,72
1-1000	2,52	3,70	2,66	2,66	2,52	4,12	2,03	2,10	1,19	0,70	2,66	1,82	1,40	30,05
1001-5000	3,07	5,52	2,38	2,38	3,28	6,78	3,07	2,38	0,84	0,49	1,75	1,47	0,84	34,24
>5000	2,31	5,10	1,82	2,31	2,24	4,82	1,54	0,77	0,21	0,28	0,56	0,70	0,35	22,99
Summe	10,41	15,86	7,62	8,39	9,43	17,26	7,69	6,36	2,73	1,61	5,52	4,40	2,73	100

Tabelle 3: Anteil der Betriebe in den Unterstichproben an der Stichprobengröße in Prozent

Obwohl alle Zeitarbeitsbetriebe der östlichen Bundesländer in die Stichprobe aufgenommen wurden, liegt ihr Anteil in der Stichprobe unter dem der westlichen Bundesländer. Die kleinen

und mittleren Unternehmen mit einem Umsatz bis zu 5 Millionen Euro im Jahr 2001 sind zwar in der Stichprobe unterrepräsentiert, haben jedoch den größten Anteil von 30 und 34 Prozent an den Betrieben insgesamt.

4. Erhebung der Daten

4.1 Versand der Fragebögen

Der Erstversand der Fragebögen an die 1431 ausgewählten Betriebe erfolgte am 28. März 2003. Dem Fragebogen wurde ein personalisiertes Anschreiben an die Geschäftsführer der Betriebe beigelegt, in dem die Motivation der Umfrage erläutert und für die Mitarbeit geworben wurde. Zusätzlich wurde eine Kurzbeschreibung des ZEW beigelegt, um das ZEW bei den Firmen bekannt zu machen und das Vertrauen in die Seriosität der Umfrage zu stärken. Als weiterer Anreiz zur Teilnahme konnten die teilnehmenden Betriebe eine Kurzfassung der Ergebnisse anfordern. Die Fragebögen wurden in der Druckerei durchgehend nummeriert, um den Rücklauf der Fragebögen kontrollieren zu können.

An die nicht antwortenden Betriebe wurde am 30. April 2003 der Fragebogen noch einmal versandt. Im Anschreiben wurden die Betriebe an die Umfrage erinnert und eindringlich gebeten, den Fragebogen auszufüllen, wobei zugleich die anonyme Erfassung der Daten betont wurde.

4.2 Rücklauf

Bis zum 15. Juni 2003 meldeten sich insgesamt 533 der angeschriebenen Betriebe. Damit beträgt der Brutto-Rücklauf 37,2 Prozent bei nur einer Nachfassaktion. Dieser Wert liegt deutlich höher als der Rücklauf von früheren Untersuchungen für die Zeitarbeitsbranche (vgl. etwa Wierlemann (1995) mit 26,3 Prozent) oder der Nutzerunternehmen von Zeitarbeit (vgl. Herbstbefragung 1994 des ifo-Instituts: „Personalbedarf und offene Stellen“, ifo-Institut, 1995) mit Rücklaufquoten zwischen 20,1 und 33,6 Prozent je nach Fragebogen und Region). Unter den Rückläufen befanden sich 471 vollständig ausgefüllte Fragebögen von Firmen, die tatsächlich Zeitarbeitnehmer beschäftigten und somit die Grundlage der folgenden Darstellungen bilden. Damit beträgt der Netto-Rücklauf 32,9 Prozent. Auch dieser ist deutlich höher als bei anderen Erhebungen in der Zeitarbeitsbranche (vgl. Watzka (2000) mit 26,0 Prozent). Absolut gesehen ist die Stichprobe zudem erheblich größer als in den Untersuchungen von Watzka (2000) oder Wierlemann (1995), so dass die Aussagen auch aus diesem Grund einen

höheren Grad der Repräsentativität besitzen, auch wenn die Grundgesamtheit aller Zeitarbeitsbetriebe seit 1995 erheblich gewachsen ist. Zudem spricht der hohe Rücklauf für ein großes Interesse der Zeitarbeitsbetriebe und die Aktualität des Themas.

Tabelle 4 zeigt den Netto-Rücklauf gegliedert nach Stichprobenzellen. Die Aufteilung nach Zellen erfolgt dabei nach den Angaben in der MARKUS-Datenbank und nicht durch die im Fragebogen angegebenen Umsätze. In den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist jeweils eine Umsatzkategorie nicht besetzt und viele andere Zellen sind nur sehr spärlich besetzt. Die meisten Antworten gibt es für die mittelgroßen Betriebe, am wenigsten für Betriebe, für die auch im MARKUS-Datensatz keine Umsatzzahlen verfügbar sind.

Umsatz in Tsd €	Baden-Württemberg	Bayern	Bremen + Hamburg	Hessen	Niedersachsen + Schl.-Holstein	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz + Saarland	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Summe
n.a.	7	4	4	2	2	4	1	3	3	1	3	0	0	34
1-1000	13	10	14	10	8	11	5	9	7	2	12	6	8	115
1001-5000	18	36	17	11	20	32	17	12	4	2	11	7	6	193
>5000	10	27	12	10	17	34	8	2	0	1	2	4	2	129
Summe	48	77	47	33	47	81	31	26	14	6	28	17	16	471

Tabelle 4: Firmen im Datensatz je Zelle

Tabelle 5 zeigt die im Datensatz vorhandenen Betriebe als Anteil der Betriebe in der Stichprobenzelle. Dies gleicht der zellenspezifischen Netto-Antwortrate. Die mittelgroßen Betriebe haben die höchste Antwortrate von 40 Prozent. Die Antwortrate der Bundesländer schwankt zwischen 25 Prozent in Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen-Anhalt und 44 Prozent in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg.

Umsatz in Tsd €	Baden-Württemberg	Bayern	Bremen + Hamburg	Hessen	Niedersachsen + Schl.-Holstein	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz + Saarland	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Ø
n.a.	0,19	0,19	0,36	0,17	0,10	0,20	0,07	0,20	0,43	0,50	0,38	0,00	0,00	0,21
1-1000	0,36	0,19	0,40	0,27	0,23	0,19	0,19	0,31	0,41	0,20	0,33	0,23	0,40	0,29
1001-5000	0,42	0,47	0,50	0,32	0,43	0,33	0,39	0,35	0,33	0,29	0,46	0,33	0,55	0,40
>5000	0,33	0,38	0,48	0,30	0,53	0,52	0,38	0,18	0,00	0,25	0,29	0,44	0,40	0,35
Ø	0,33	0,31	0,44	0,27	0,32	0,31	0,25	0,26	0,29	0,31	0,36	0,25	0,34	0,31

Tabelle 5: Antwortraten je Zelle

4.3 Erfassung der Fragebögen und Datenaufbereitung

Zwei Mitarbeiter des Projekts (Praktikant und wissenschaftliche Hilfskraft) gaben die Fragebögen unabhängig voneinander nach einer vorher entwickelten Codierung in eine Datenbank ein. Bei Unterschieden in der Eingabe wurde von einem weiteren Projektmitarbeiter (wissenschaftlicher Mitarbeiter) anhand des Fragebogens die korrekte Codierung ermittelt. Uneindeutige Angaben in den Fragebögen wurden nochmals überprüft und nach festen Kriterien codiert.

Diese Datenbank enthält keine Angaben über die Identität des befragten Betriebs, so dass die Anonymität der Angaben gewährleistet ist. Als zusätzliche Information, die sich nicht aus den Antworten auf dem ausgefüllten Fragebogen ergibt, ging lediglich die Zugehörigkeit zur jeweiligen Stichprobenzelle ein. Dies war notwendig, damit jedem Betrieb der korrekte Hochrechnungsfaktor zugewiesen werden kann.

Um überprüfen zu können, ob der jeweilige Betrieb geantwortet hat und eine Kurzfassung der Ergebnisse wünscht, wurde eine separate Datei erstellt, in der die Adressen der Firmen enthalten sind, nicht aber die von ihnen gemachten Angaben. Ein Abgleich dieser Datei mit der Datei, die die Antworten enthält, ist nicht möglich. Darüber hinaus wurde die Zelleinteilung nach Bundesland und Umsatzgröße in dieser Datei festgehalten, nach deren Einteilung die einzelnen Unterstichproben gezogen wurden. Somit ist leicht erkennbar, wieviel Prozent der Firmen aus den einzelnen Populationszellen geantwortet haben.

In einigen Fällen erwies sich aus Konsistenzgründen eine Bereinigung der Daten als erforderlich. Dies betraf die Fälle, in denen Prozentangaben abgefragt wurden, die sich zu 100 summieren sollten (Fragen 7, 9 und 21). In diesem Fall wurde die Summe der Prozentangaben ermittelt und die Prozentangaben zu den einzelnen Kategorien durch die Summe geteilt, um die Summierung zu 100 zu gewährleisten. Eine geringe Zahl von Befragten kreuzte bei Frage 10 trotz gegenteiliger Aufforderung im Fragebogen mehr als eine Antwortkategorie an. In diesen Fällen wurde grundsätzlich die Antwortkategorie mit den betragsmäßig größeren Werten gewählt.

4.4 Konsistenz der MARKUS-Daten und der erhobenen Daten

Ein Vergleich zwischen den Umsatzangaben in der Umfrage und der MARKUS-Datenbank wird in Tabelle 6 gezogen.⁴ Die Diagonale der Kreuztabelle gibt dabei die Anzahl der Betriebe

⁴ Die Umsatzangaben in der Umfrage beziehen sich auf das Jahr 2002, bzw. 2001, falls neuere Angaben nicht gemacht werden konnten. Die Angaben in der MARKUS-Datenbank sind der zuletzt angegebene Umsatz aus der Umfrage im Herbst 2002 und beziehen sich daher wahrscheinlich auf das Jahr 2001.

be an, deren Umsatzangabe in den MARKUS-Daten und in der Umfrage in der gleichen Kategorie liegt. Alle anderen Zellen stellen Betriebe dar, deren Umsatzangaben sich unterscheiden.

	Umsatz in Tsd € in MARKUS			
Umsatz in Tsd € in Umfrage	n.a.	1-1000	1001-5000	>5000
n.a.	7	14	21	12
1-1000	12	69	21	4
1001-5000	13	29	135	42
>5000	2	3	16	71

Tabelle 6: Vergleich zwischen Umsatzkategorien der MARKUS-Daten und der Umfrage

Die Diagonale beinhaltet jeweils die meisten Beobachtungen, insgesamt 282 der 471 Firmen, so dass die Angaben in den beiden Datensätzen durchaus miteinander übereinstimmen. Die abweichenden Angaben kommen zum Teil dadurch zustande, dass Firmen nur in einem Datensatz mit Umsatzangaben vertreten sind. Ein Chi-Quadrat-Test zeigt, dass die Nullhypothese der Unabhängigkeit von MARKUS-Daten und erhobenen Daten zu jedem vernünftigen Signifikanzniveau verworfen werden kann (Größe der Statistik: 266).

4.5 Gewichtung der Daten

Da eine disproportional geschichtete Stichprobe gezogen wurde, d.h. die Wahrscheinlichkeit der Ziehung sich zwischen den Zellen unterscheidet, muss jeder Zelle ein eigenes Gewicht zugewiesen werden, um Aussagen über die Gesamtpopulation treffen zu können. Das Gewicht w_j einer Zelle j errechnet sich wie folgt:

$$w_j = \frac{N_j}{n_j} \frac{n}{N}$$

wobei die Anzahl der Firmen im MARKUS-Datensatz N und die Anzahl der Firmen im Datensatz der Umfrage n ist. Die Bezeichnungen N_j und n_j beziehen sich jeweils auf eine spezifische Zelle j . Vor der Berechnung der Gewichte wurden von der Anzahl der Firmen in der Grundgesamtheit, N und N_j , diejenigen Firmen abgezogen, die nicht zur Zielgruppe der Zeitarbeitsfirmen gehören. Dies trifft auf Firmen zu, die zwar geantwortet haben, jedoch keine Arbeitnehmerüberlassung betreiben oder nicht mehr zu bestehen scheinen. Es verbleiben dadurch in N 2381 und in n 471 Beobachtungen.

Der Bruch (N_j / n_j) spiegelt hierbei die inverse Wahrscheinlichkeit einer Zeitarbeitsfirma der Zelle j wider, im Datensatz enthalten zu sein, und ist das Gewicht für die Betriebe in

der jeweiligen Zelle. Der Bruch (n / N) dient der Skalierung der Gewichte, damit die Summe der Produkte von Zellengewicht und der Zahl der Firmen in der Zelle gerade die Anzahl der Firmen ergibt, die in der Stichprobe enthalten sind: $\sum_j w_j n_j = n$. Dies ist nötig, um z.B. unverzerrte Schätzwerte der Standardfehler des Stichprobenmittels zu erhalten (vgl. Hartmann, 1997: 3).

Tabelle 7 stellt die errechneten Gewichte je Zelle dar, die zur Berechnung von Aussagen über die Gesamtpopulation benutzt wurden.

Umsatz in Tsd €	Baden-Württemberg	Bayern	Bremen + Hamburg	Hessen	Niedersachsen + Schl.-Holstein	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz + Saarland	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
n.a.	2,035	2,720	0,742	2,176	3,956	3,066	4,550	0,989	0,462	0,396	0,528	-	-
1-1000	1,111	2,611	0,721	1,246	1,756	3,003	1,701	0,637	0,480	0,989	0,593	0,857	0,495
1001-5000	0,956	1,077	0,559	1,025	0,910	1,712	0,791	0,560	0,593	0,692	0,432	0,593	0,363
>5000	0,633	0,755	0,412	0,653	0,372	0,553	0,569	1,088	-	0,791	0,692	0,445	0,495

Tabelle 7: Gewichte je Zelle

5. Deskriptive Darstellung der Daten

Dieser Abschnitt stellt den Datensatz mit Hilfe von Histogrammen dar, welche die relative Häufigkeit der Betriebe darstellen, für die die jeweilige Antwortmöglichkeit zutrifft. Hierbei werden ausschließlich die mit den Hochrechnungsfaktoren gewichteten Daten verwendet. Die ungewichteten Angaben geben die Häufigkeit oder Durchschnitte innerhalb der Stichprobe wieder und lassen aufgrund der Schichtung keine Rückschlüsse auf die Gesamtheit der Zeitarbeitsbetriebe in den MARKUS-Daten zu. Die gewichteten Angaben sind repräsentativ für die MARKUS-Daten, die – wie oben dargestellt – bis auf geringe Einschränkungen wie die mögliche Unterrepräsentation kleiner Betriebe alle existierenden Zeitarbeitsbetriebe in Deutschland repräsentieren.

5.1 Fragen zu den Perspektiven der Zeitarbeit

Abbildung 2 stellt die erwartete Veränderung der Personalkosten dar, mit der relativen Häufigkeit der Betriebe auf der Y-Achse, wie bei allen folgenden Abbildungen. Über die Hälfte der Betriebe erwartet demnach einen wesentlichen Anstieg und über 85 Prozent insgesamt einen Anstieg der Personalkosten in Folge der neuen Gesetzgebung vom Dezember 2002. Eine Verringerung der Personalkosten erwarten nur weniger als fünf Prozent der Betriebe. Für

eine solche Verringerung der Personalkosten spricht lediglich, dass die Zeitarbeitsunternehmen ehemaligen Arbeitslosen in einer Übergangsfrist von sechs Wochen ein Nettoarbeitsentgelt in Höhe des zuletzt bezogenen Arbeitslosengeldes zahlen dürfen, bevor dann die „equal pay“ Vorschriften nach §9 des modifizierten Arbeitnehmer-Überlassungsgesetzes (AÜG) greifen.

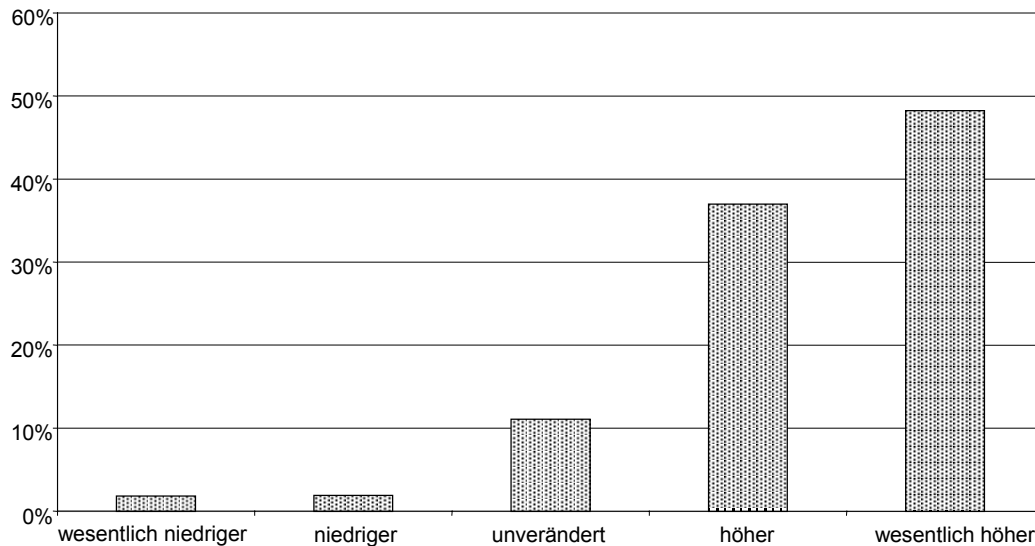


Abbildung 2: Erwartete Veränderung der Personalkosten

Neben der Wirkung auf die Personalkosten könnten sich die neuen Vorschriften für die Zeitarbeit auch auf den Umfang der Entleihfähigkeit und den Umsatz auswirken. Abbildung 3 zeigt, dass in Folge der neuen Gesetzgebung von über 70 Prozent der Unternehmen ein Rückgang des Umsatzes erwartet wird. Gegeben dass die Entleihgebühren eher steigen werden, bedeutet dies zugleich einen Rückgang der Entleihung von Arbeitnehmern. Im Unterschied zu den Personalkosten erwartet hier jedoch ein Viertel der Betriebe einen unveränderten Umsatz oder sogar einen leichten Anstieg. Diejenigen Unternehmen, die steigende Kosten, jedoch einen unveränderten Umsatz erwarten, gehen offenbar von einer vergleichsweise geringen Elastizität der Nachfrage nach Leiharbeitnehmern aus, so dass steigende Entleihsätze nicht zu einem überproportional starken Rückgang des Einsatzes von Zeitarbeit führen. Unter den Betrieben, die einen unveränderten Umsatz erwarten, befinden sich mit 18,3 Prozent gegenüber 6,6 Prozent in der gesamten Stichprobe überproportional viele Betriebe, die mehr als die Hälfte ihres Umsatzes außerhalb der Zeitarbeitsbranche erzielen.

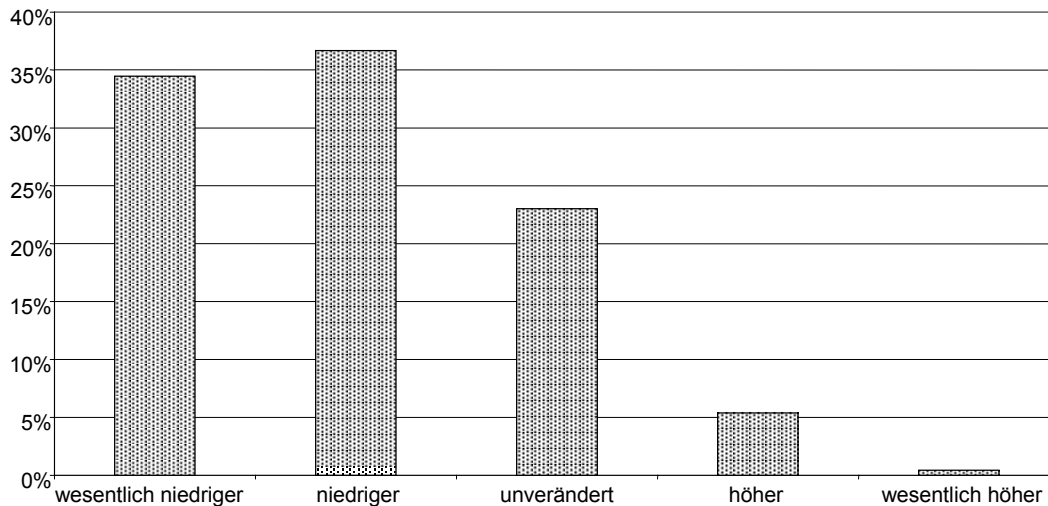


Abbildung 3: Erwartete Umsatzveränderungen

Das Interesse der Zeitarbeitsfirmen, als PSA tätig zu werden, ist bei den befragten Unternehmern nur begrenzt vorhanden. Gerade einmal zehn Prozent können sich dies vorstellen, während es für rund 40 Prozent überhaupt nicht in Frage kommt.

Abbildung 4 präsentiert die gewichteten Angaben. Es wird interessant zu untersuchen sein, ob der kleine Prozentsatz von Firmen, die dem Betätigungsfeld der PSA nicht abgeneigt sind, bestimmte Eigenschaften aufweisen, z.B. einen überproportional großen Umsatz haben. Eine differenzierte Betrachtung der ersten drei Fragen zu den Perspektiven der Zeitarbeit wird im Kapitel 6 vorgenommen.

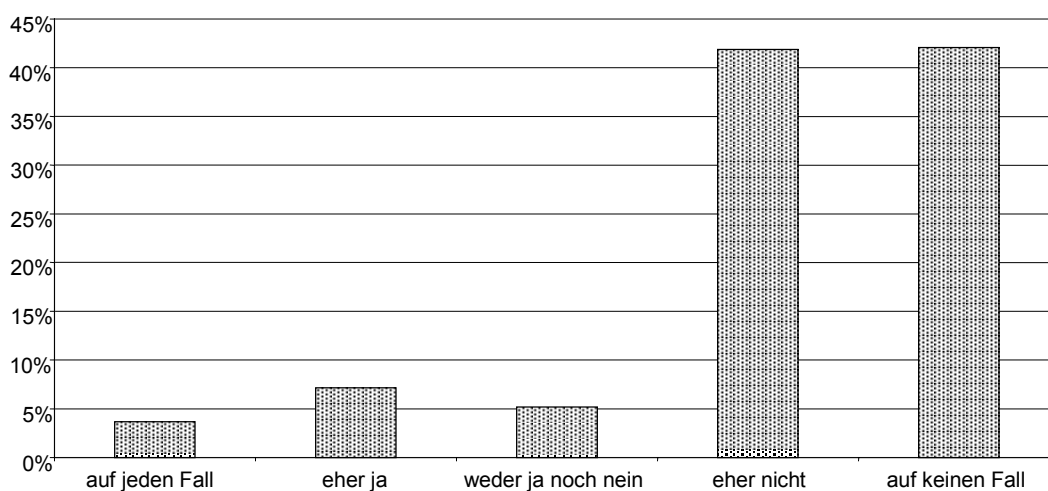


Abbildung 4: Interesse der Firmen an einer Tätigkeit als PSA

5.2 Fragen zu den Beschäftigten

Die Häufigkeitsverteilung nach Größenklassen hinsichtlich der beschäftigten Zeitarbeitnehmer ist in Abbildung 5 dargestellt. Am häufigsten, nämlich in 20 Prozent der Fälle, sind zwi

schen 21 und 40 Arbeitnehmer angestellt. Etwa drei Viertel der Betriebe (72,3 Prozent) haben weniger als 100 Zeitarbeitnehmer. Die Kategorie mit der größten Beschäftigtenzahl umfasst die Betriebe mit mehr als 500 Arbeitnehmern. 3,9 Prozent der Betriebe gehören dieser Kategorie an, wobei die Streuung innerhalb der Kategorie groß ist. Das Maximum der Beschäftigtenzahl im Datensatz beträgt 20.000. Der gewichtete Durchschnitt über alle Betriebe beträgt 152 Arbeitnehmer bei einer Standardabweichung von 772,3. Im gewichteten Durchschnitt der Betriebe sind 5,6 Prozent der im Betrieb beschäftigten Zeitarbeitnehmer Teilzeitbeschäftigte mit weniger als 30 Wochenstunden (Standardabweichung von 0,15).

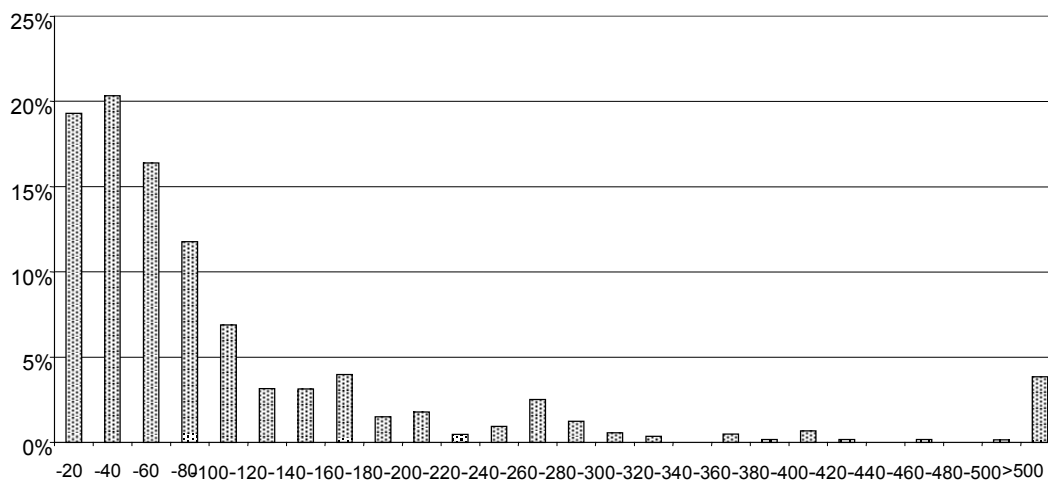


Abbildung 5: Anzahl der Arbeitnehmer

Über die Entleihung von Zeitarbeitnehmern in bestimmte Branchen gibt Abbildung 6 Aufschluss. Dabei wird vor allem die große Bedeutung der Metallindustrie für die Entleihung von Arbeitnehmern sichtbar: Mehr als die Hälfte der Betriebe entleihen 20 Prozent oder mehr ihrer Zeitarbeitnehmer in diese Branche. Weitere Branchen, in die häufig ein Großteil der Arbeitnehmer in den Betrieben entliehen wird, sind die Elektrotechnik, das Baugewerbe (wobei es sich hier auf Grund der gesetzlichen Vorgaben um das Baunebengewerbe handelt), die chemische Industrie sowie das sonstige verarbeitende und sonstige Dienstleistungsgewerbe. Diese Aussagen bleiben erhalten, wenn man einen anderen Mindestwert für den Beschäftigtenanteil in der jeweiligen Branche zugrunde legt, statt 20 Prozent also z.B. 10 oder 40 Prozent.

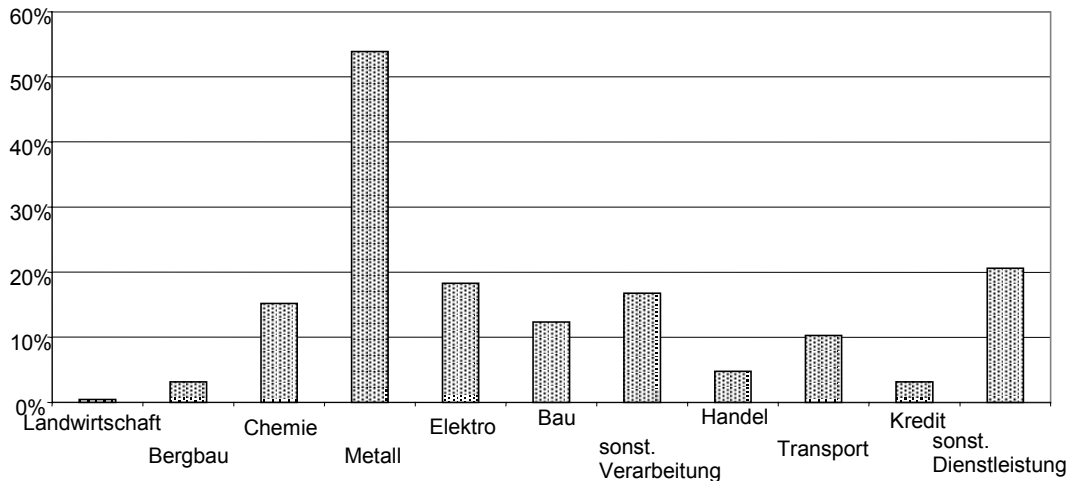


Abbildung 6: Anteil der Betriebe, die über 20% ihrer Arbeitnehmer in die jeweilige Branche entleihen

Die Qualifikation der Arbeitnehmer wird in Abbildung 7 dargestellt. Die Angaben sind repräsentativ für die Betriebe, sie sind jedoch nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit der Zeitarbeitnehmer, da die Zahlen auf den Angaben der Betriebe beruhen und jeder Betrieb unabhängig von seiner Größe den gleichen Einfluss auf das Ergebnis hat. Um repräsentative Angaben für die Gesamtheit der Zeitarbeitnehmer zu gewinnen, müsste man die Angaben zusätzlich mit der Anzahl der Arbeitnehmer je Betrieb gewichten. Im Durchschnitt der Betriebe besitzen 34,3 Prozent ihrer Zeitarbeitskräfte keinen beruflichen Abschluss, während Arbeitnehmer mit Lehre oder Berufsfachschule im Durchschnitt aller Betriebe mit 55,5 Prozent die größte Qualifikationsgruppe bilden. Höher Qualifizierte wie Meister oder Hochschulabsolventen kommen hingegen selten vor.

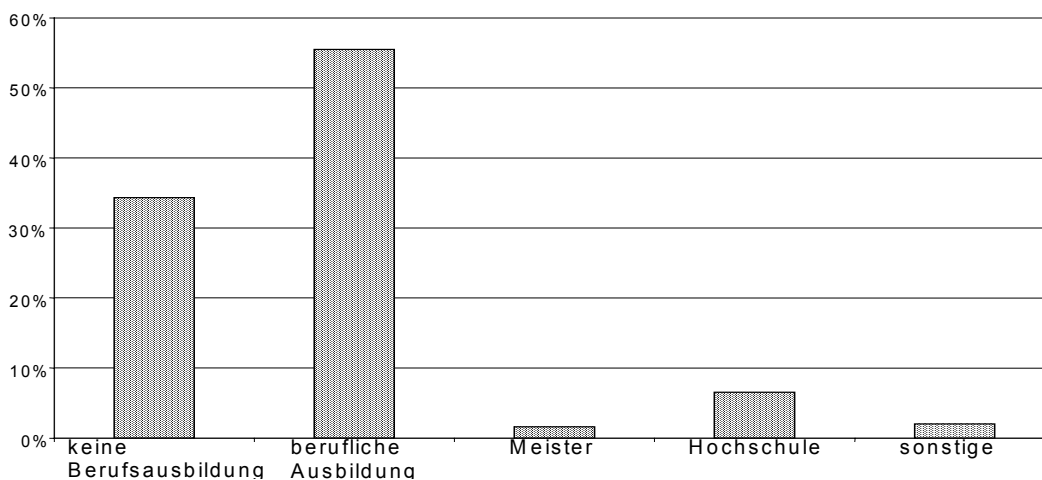


Abbildung 7: Qualifikation der Arbeitnehmer in den Betrieben

Die folgenden Abbildungen stellen die relative Häufigkeit der Betriebe für Anteile an Arbeitnehmern mit bestimmter Qualifikation dar. Aus Abbildung 8 lässt sich beispielsweise

entnehmen, dass über 40 Prozent der Betriebe nur zu einem geringen Anteil (unter 10 Prozent) Zeitarbeitnehmer ohne abgeschlossene Berufsausbildung beschäftigen. Es gibt also eine große Zahl von Entleihern, die dieses Marktsegment nicht oder kaum bedienen. Die anderen Kategorien haben einen Anteil an den Betrieben zwischen fünf und zehn Prozent, nur die letzte Kategorie mit einem Anteil der am wenigsten qualifizierten Arbeitnehmer von über 90 Prozent liegt unter drei Prozent. Verhältnismäßig wenige Betriebe sind also auf die Entleihung Geringqualifizierter spezialisiert.

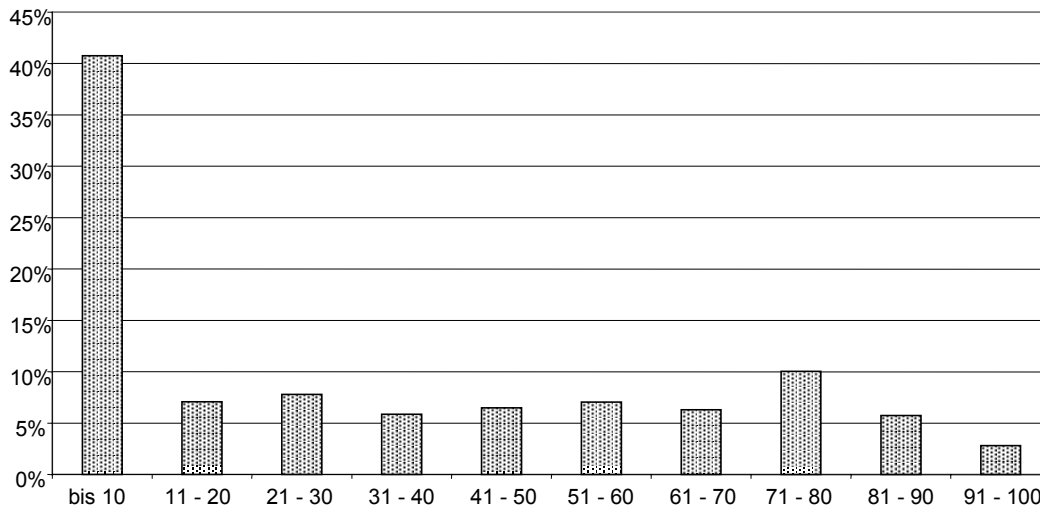


Abbildung 8: Anteil der Betriebe mit Anteil von Arbeitnehmern ohne abgeschl. Berufsausbildung

Im Unterschied dazu gibt es eine vergleichsweise große Zahl von Betrieben, die ausschließlich oder nahezu ausschließlich (Anteil über 90 Prozent) Arbeitnehmer mit beruflich-betrieblicher Ausbildung entleihen. Abbildung 9 zeigt, dass dies für mehr als ein Sechstel der Betriebe zutrifft. Arbeitnehmer mit einem höheren Qualifikationsniveau wie Meister oder Hochschulabsolventen haben hingegen nur einen sehr geringen Anteil. Nur ca. 3,9 Prozent der Betriebe sind auf die Entleihung von Arbeitnehmern mit Universitäts- oder Fachhochschulabschlüssen spezialisiert (Anteil an den Zeitarbeitnehmern über 70 Prozent), während es in der Stichprobe überhaupt keine Betriebe gibt, deren Zeitarbeitnehmer zu mehr als 50 Prozent einen Abschluss als Meister besitzen.

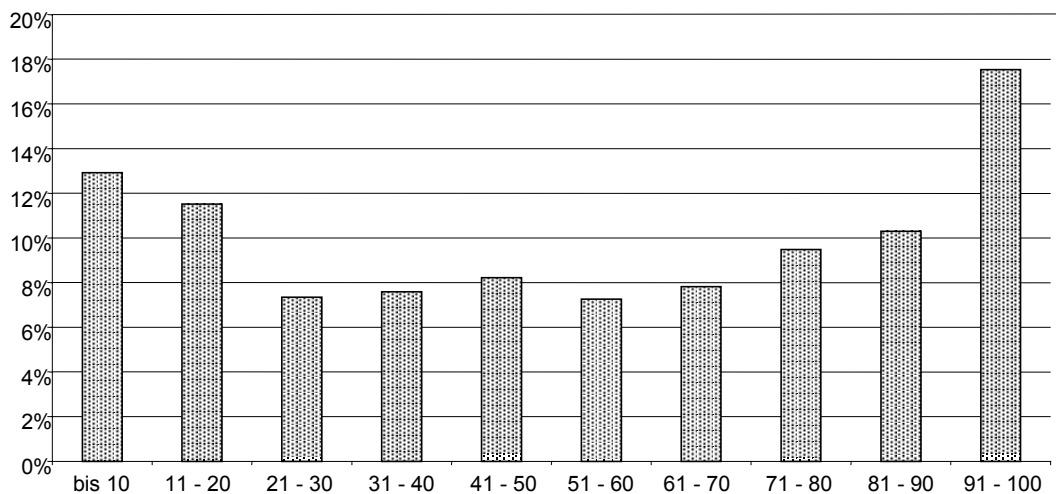


Abbildung 9: Anteil der Betriebe mit Anteil von Arbeitnehmern mit beruflicher Ausbildung

Der auf die Grundgesamtheit hochgerechnete durchschnittliche Frauenanteil an den Zeitarbeitnehmern beträgt über alle Betriebe 21,0 Prozent bei einer Standardabweichung von 24,4. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten liegt in 65 Prozent der Betriebe unter 20 Prozent, wobei ein Viertel der Betriebe überhaupt keine Frauen beschäftigt. Dagegen gibt es nur sehr wenige Betriebe, die überwiegend Frauen beschäftigen, wie Abbildung 10 zeigt.

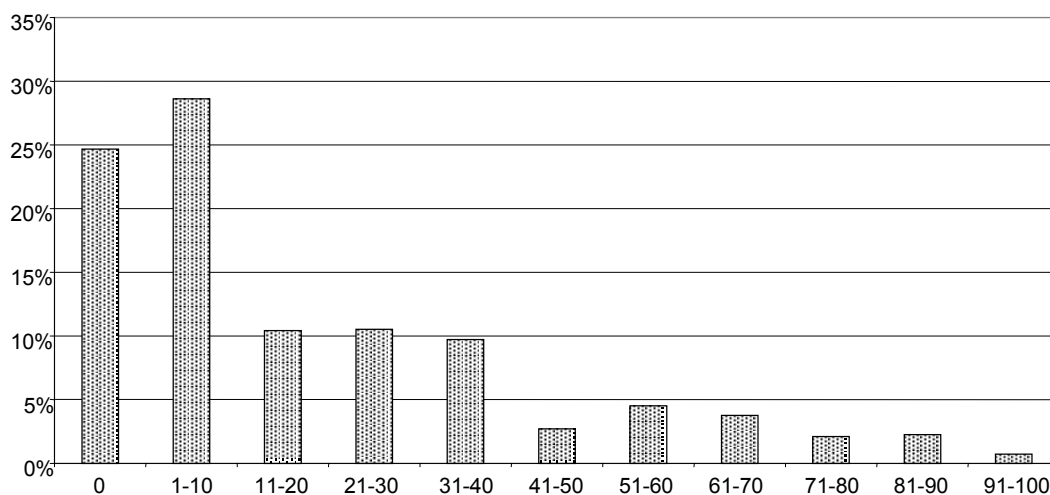


Abbildung 10: Frauenanteil an den Beschäftigten

Der nächste Gegenstand des Fragebogens ist die Altersverteilung zwischen den Betrieben. In den Abbildungen 11 bis 14 wird die relative Häufigkeit des Anteils der Zeitarbeitnehmer an vier Altersgruppen dargestellt. Die Einteilungen umfassen Arbeitnehmer bis 25, zwischen 26 und 35, zwischen 36 und 45 und über 45 Jahre.

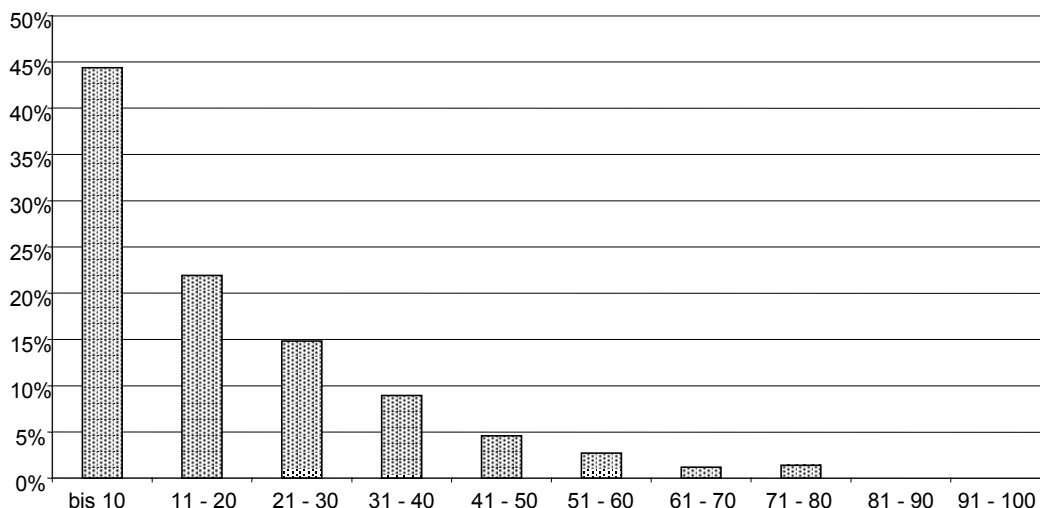


Abbildung 11: Relative Häufigkeit der Anteile der Zeitarbeitnehmer bis 25 Jahre

Die Grafiken zeigen, dass die Arbeitnehmer breit über alle Altersklassen verteilt sind. Jedoch haben die Betriebe häufiger einen hohen Anteil an den beiden mittleren Altersklassen, während junge Arbeitnehmer bis 25 und ältere über 45 Jahre meistens nur einen geringen Anteil an den Arbeitnehmern ausmachen. 17,4 bzw. 17,5 Prozent der Betriebe beschäftigen überhaupt keine Arbeitnehmer unter 26 bzw. über 45 Jahren.

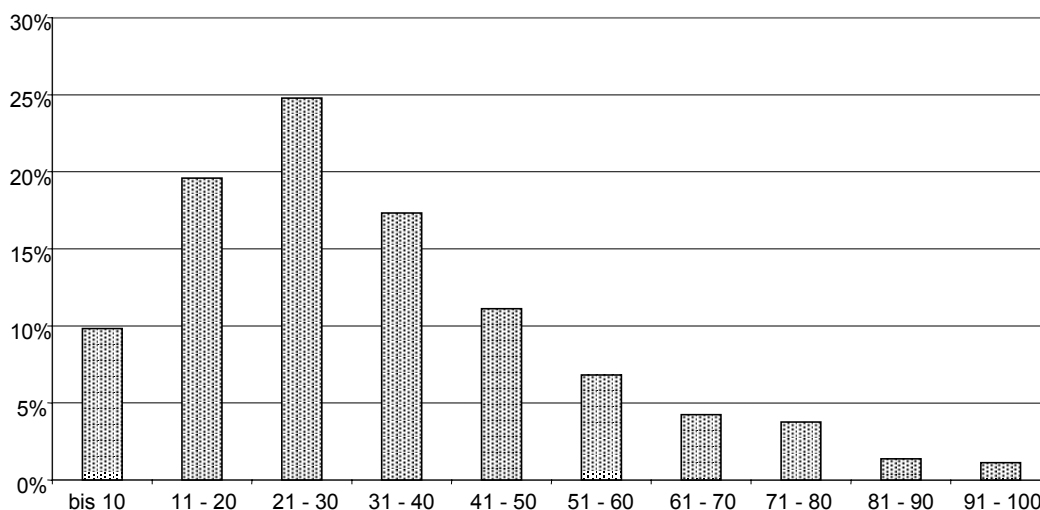


Abbildung 12: Relative Häufigkeit der Anteile der Zeitarbeitnehmer zwischen 26 und 35 Jahren

Nach der Auswahlwahrscheinlichkeit gewichtet, haben Zeitarbeitsbetriebe im Durchschnitt einen Anteil von 19,7 Prozent an jungen Arbeitnehmern bis einschließlich 25 Jahre, 35,5 Prozent an 26 bis 35 Jährigen, 28,8 Prozent an 36 bis 45 Jährigen und nur 15,9 Prozent an noch älteren Arbeitnehmern. Da diese Angaben Durchschnitte über die Betriebe sind und

nicht nach der Anzahl der Arbeitnehmer gewichtet wurden, spiegelt dies nicht die durchschnittliche Verteilung der Zeitarbeitnehmer auf die Altersgruppen wider.

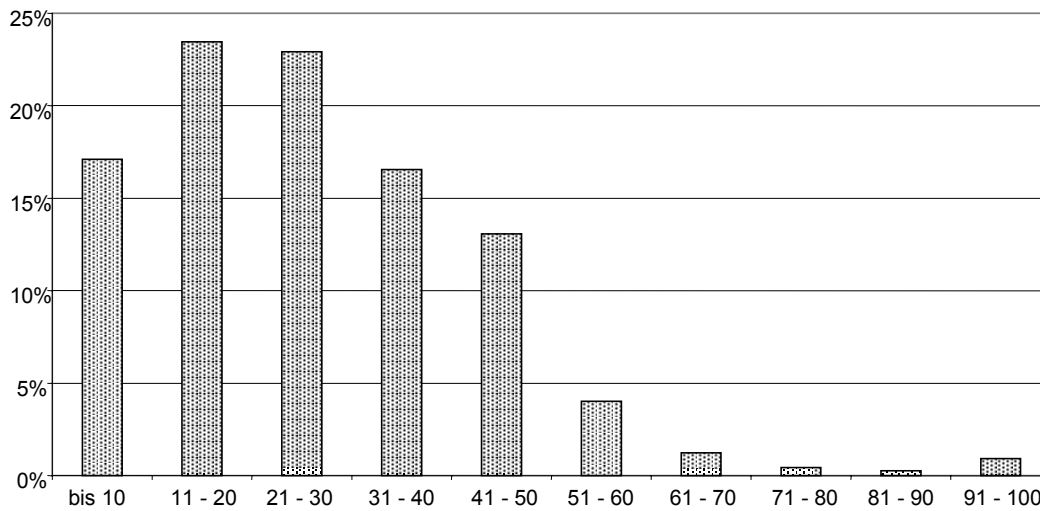


Abbildung 13: Relative Häufigkeit der Anteile der Zeitarbeitnehmer zwischen 36 und 45 Jahren

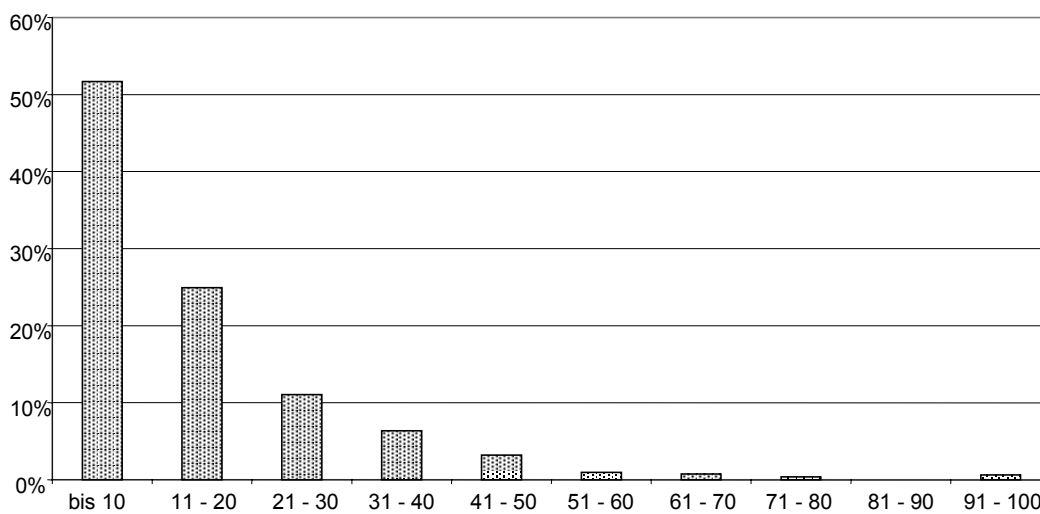


Abbildung 14: Relative Häufigkeit der Anteile der Zeitarbeitnehmer über 45 Jahren

Im Folgenden werden die gewichteten relativen Häufigkeiten der verlangten Verrechnungssätze für vier Typen von Zeitarbeitnehmern dargestellt. Die Betriebe sollten annehmen, dass der Arbeitnehmer für eine Dauer von drei Monaten verliehen wird und wurden gebeten, die Höhe der Verrechnungssätze relativ zu den Kosten eines vergleichbaren Arbeitnehmers bei Festeinstellung in der Firma anzugeben. Bei den Kosten des fest eingestellten Arbeitnehmers sollten Bruttolohn- und Gehaltskosten einschließlich der Sozialbeiträge des Arbeitgebers berücksichtigt werden. Die Fragestellung erlaubt daher einzuschätzen, zu welchen relativen Preisen bestimmte Zeitarbeitnehmer verliehen werden.

Der erste Arbeitnehmer-Typ ist ein 25 Jahre alter männlicher Hilfsarbeiter ohne abgeschlossene Berufsausbildung. 73,6 Prozent der Betriebe haben Angaben zu den Entleihsätzen eines Arbeitnehmer mit diesem Profil gemacht. Von diesen Betrieben verleiht der größte Prozentsatz an Betrieben, ca. 38 Prozent, diesen Arbeitnehmer- Typ zu Verrechnungssätzen, die zwischen 10 und 25 Prozent unter den vergleichbaren Kosten bei Festanstellung liegen (siehe Abbildung 15). Bei 77 Prozent aller Betriebe befinden sich die angegebenen Verrechnungssätze unter den alternativen Kosten der Leihfirmen bei Festanstellung.

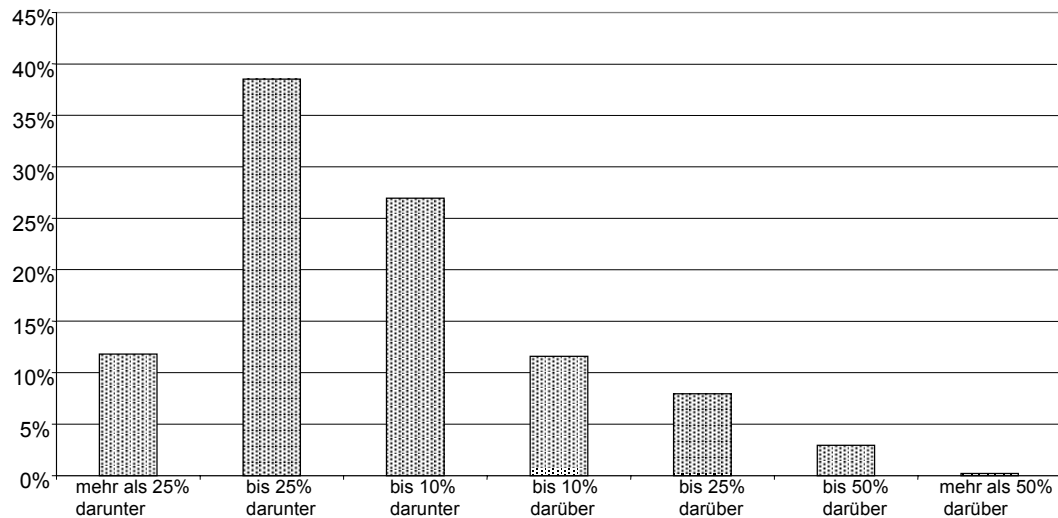


Abbildung 15: Entleihsätze eines Hilfsarbeiters relativ zu den Kosten bei Festeinstellung

Der zweite Arbeitnehmer-Typ ist ein männlicher Schlosser mit abgeschlossener Berufsausbildung und einem Alter von 35 Jahren. Es liegen hierbei Angaben zu den Entleihsätzen von 83,5 Prozent der Betriebe vor. Der relativ größte Anteil an Betrieben, über 35 Prozent, verlangt Verrechnungssätze von 0 bis 10 Prozent unter den vergleichbaren Kosten bei Festanstellung (Abbildung 16). Beinahe 30 Prozent der Betriebe berechnen mehr für die Überlassung als die Kosten der Firmen bei einer normalen Anstellung des Arbeitnehmers.

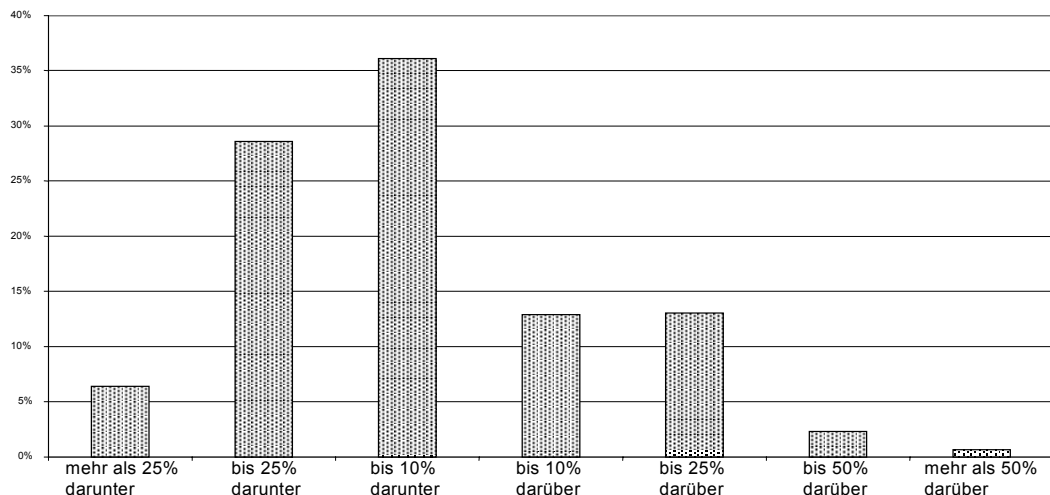


Abbildung 16: Entleihsätze eines Schlossers relativ zu den Kosten bei Festeinstellung

Der folgende Arbeitnehmer-Typ ist eine 25-Jährige Kauffrau mit abgeschlossener kaufmännischer Berufsausbildung. 59,6 Prozent der Betriebe haben Angaben zu den Entleihsätzen eines Arbeitnehmers mit diesem Profil gemacht. Bei einer ähnlichen Verteilung der Verleihsätze über die Betriebe verlangt die Mehrzahl der Betriebe einen Verrechnungssatz unterhalb der vergleichbaren Kosten bei Festanstellung, 40 Prozent der Betriebe jedoch nur bis maximal 10 Prozent darunter. Etwa ein Drittel der Betriebe verlangt mehr als die Kosten bei Festanstellung, wie aus Abbildung 17 hervorgeht.

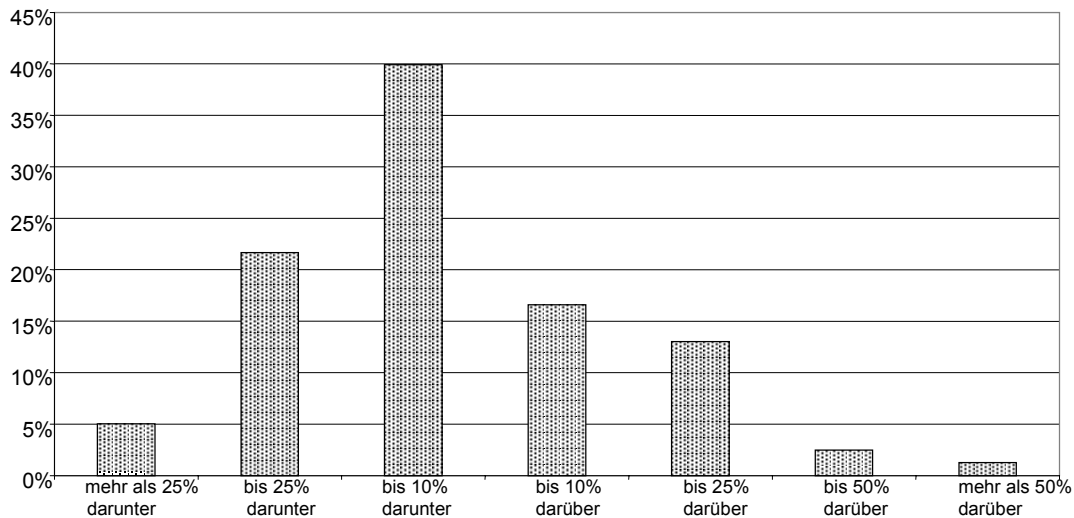


Abbildung 17: Entleihsätze einer Kauffrau relativ zu den Kosten bei Festeinstellung

Für die Überlassung einer 35-Jährigen männlichen IT-Kraft mit abgeschlossener Berufsausbildung verlangen über 45 Prozent der Betriebe einen Verleihsatz, der über die vergleichbaren Kosten bei Festanstellung hinausgeht. Bei einem Viertel der Betriebe liegt er überdies in der Höhe mehr als 10 Prozent über den Kosten regulärer Beschäftigung (Abbildung 18). Angaben hierzu wurden von 43,6 Prozent der Betriebe gemacht.

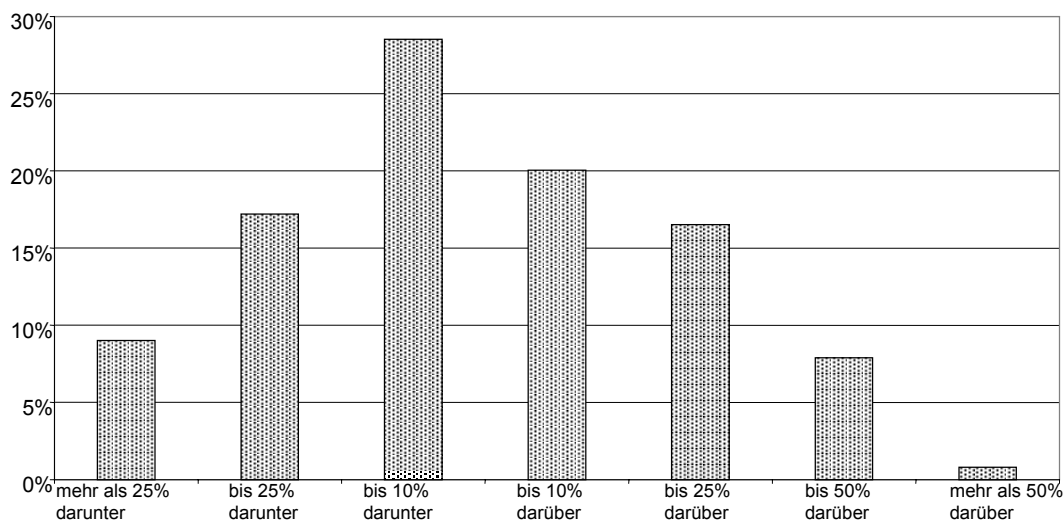


Abbildung 18: Entleihsätze einer IT-Fachkraft relativ zu den Kosten bei Festeinstellung

Die Grafiken zeigen deutlich, dass der Anteil der Betriebe, die relativ hohe Verleihsätze berechnen, mit der Qualifikation der Arbeitnehmer zunimmt. Zudem ist die Höhe der Verleihsätze stark gestreut. Der Anteil an Betrieben mit sehr geringen Entleihsätzen, die mindestens 10 Prozent unter den vergleichbaren Kosten bei Festanstellung liegen, ist für Hilfsarbeiter am höchsten mit 50 Prozent und sinkt mit zunehmendem Qualifikationsniveau auf 28 Prozent für IT-Fachkräfte ab. Abbildung 19 stellt diese gewichteten relativen Häufigkeiten dar. Setzt man die Schwelle auf null Prozent herauf und betrachtet den Anteil der Betriebe, die die jeweiligen Arbeitnehmer unter den Kosten bei regulärer Beschäftigung verleihen, so steigt der Anteil der Betriebe bis auf 77,3 Prozent für Hilfsarbeiter und 54,7 Prozent bei IT-Fachkräften. Dies stellt Abbildung 20 dar.

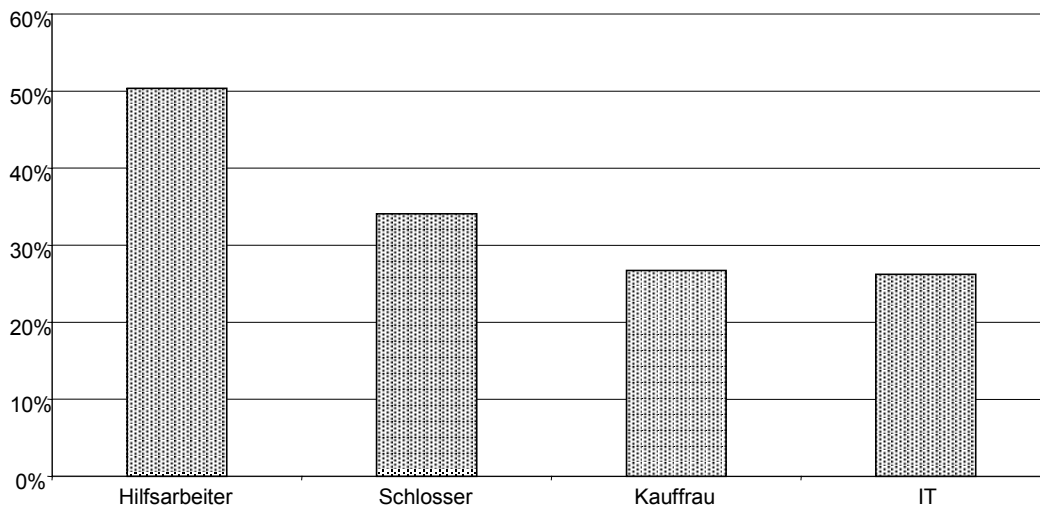


Abbildung 19: Anteil der Betriebe, die den Arbeitnehmer zu einem Verleihsatz von 10% oder mehr unter den vergleichbaren Kosten entleihen

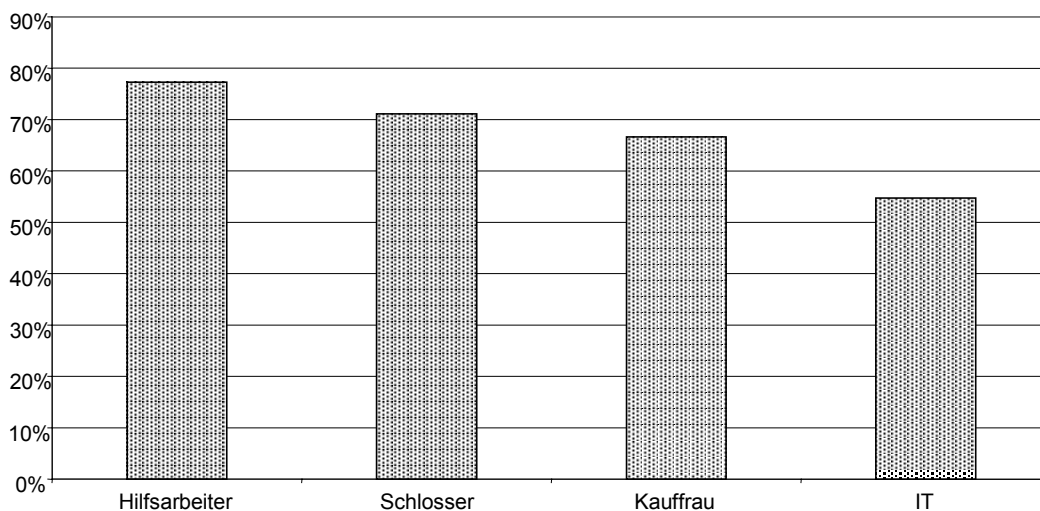


Abbildung 20: Anteil der Betriebe, die den Arbeitnehmer unter den vergleichbaren Kosten entleihen

Die Ergebnisse lassen zum einen darauf schließen, dass die Entleihsätze im Regelfall unter den Kosten der Beschäftigung eines regulär eingestellten Arbeitnehmers liegen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass für die Eigenschaften des Arbeitnehmers im Fragebogen nur verhältnismäßig grob kontrolliert werden kann. So könnte es sein, dass regulär Beschäftigte im Durchschnitt besser ausgebildet und motiviert sind als Leiharbeiter, so dass ihre Beschäftigung auch zu höheren Kosten als den Entleihsätzen für ähnliche Zeitarbeiter für die Firmen profitabel sein kann. Zum anderen zeigen die Ergebnisse, dass der Unterschied zwischen Entleihsätzen und den Kosten regulärer Beschäftigung mit steigender Qualifikation kleiner wird.

Die bisher vorhandenen empirischen Studien geben keinen systematischen Aufschluss über die relative Höhe der Entleihsätze, so dass ein Vergleich mit früheren Ergebnissen nicht möglich ist. Ein Vergleich der Löhne von Zeitarbeitnehmern und regulär Beschäftigten in einer Studie von Kvasnicka und Werwatz (2002) zeigt jedoch, dass auch bei der relativen Entlohnung der Zeitarbeiter die Qualifikation eine Rolle spielt. So ist der Lohnabstand zwischen Zeitarbeit und regulärer Arbeit für niedrig qualifizierte Arbeiter doppelt so hoch wie für höher qualifizierte Arbeiter und sogar dreimal so hoch wie für hoch qualifizierte Angestellte. Geht man für die Entleihsätze von einem proportionalen Aufschlag auf die Löhne der Zeitarbeiter aus, so steht dies im Einklang mit unseren Ergebnissen zur Höhe der Entleihsätze.

5.3 Fragen zum Betrieb

Die große Mehrheit der befragten Zeitarbeitsbetriebe sind rechtlich selbstständige Unternehmen. Nur 6 der 471 Betriebe im Datensatz sind nicht selbstständig. 92,4 Prozent der rechtlich selbstständigen Unternehmen im Datensatz bestehen in der Rechtsform einer GmbH oder GmbH&Co KG, 5,3 Prozent sind Einzelunternehmen und der geringe Rest verteilt sich auf andere Personen- oder Kapitalgesellschaften. Von den selbstständigen Unternehmen wurde der Großteil von über 65 Prozent in den 90er Jahren gegründet, was Abbildung 21 verdeutlicht. Die sinkenden Anteile ab dem Jahr 2000 sind wahrscheinlich auf Verzögerungen zurückzuführen, mit denen Firmen in den MARKUS-Datensatz aufgenommen werden.

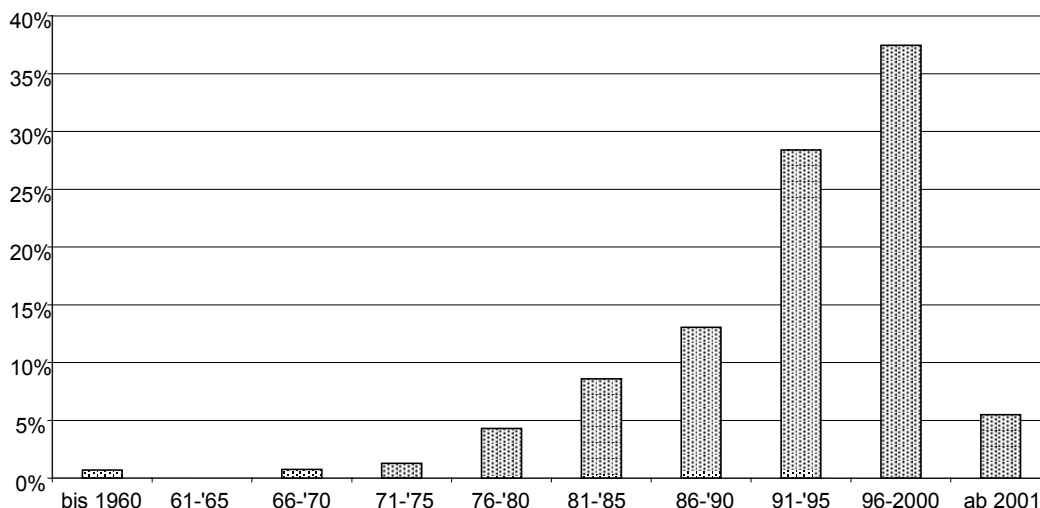


Abbildung 21: Gründungsjahr

Der Großteil der Gründungen waren hierbei Neugründungen. Nur 41 Gründungen im Datensatz sind Ausgründungen oder Eigentümerwechsel. Über die Hälfte der rechtlich selbstständigen Unternehmen verfügt dabei über keine Niederlassungen. Der Großteil der restlichen Unternehmen hat zwischen einer und fünf Niederlassungen, wie Abbildung 22 zeigt. Der gewichtete Durchschnitt beträgt 2,25 bei einer Standardabweichung von 10,3.

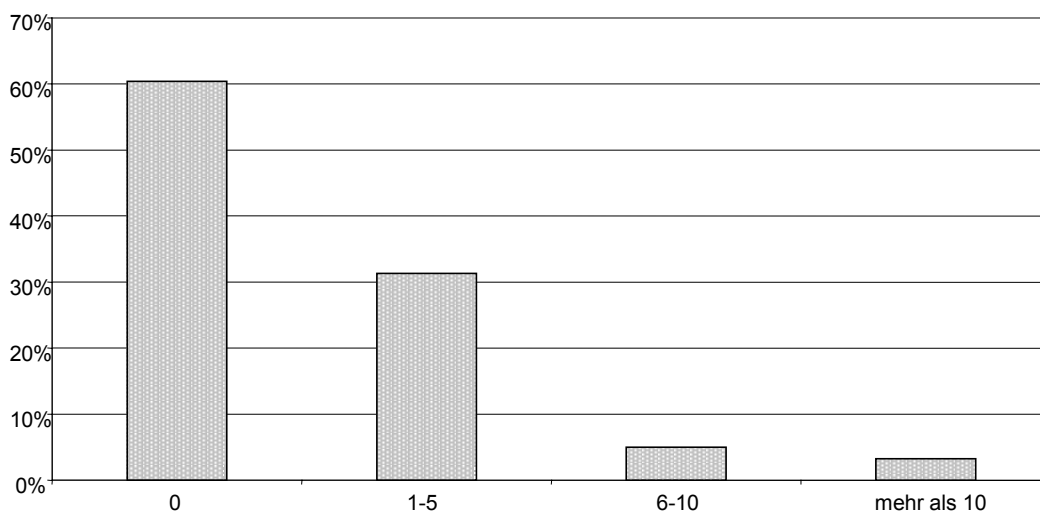


Abbildung 22: Relative Häufigkeit der Anzahl der Niederlassungen

Abbildung 23 gibt Aufschluss über die regionale Verteilung der Kunden der Zeitarbeitsfirmen. Sie gibt den Anteil der Zeitarbeitsfirmen an, die in den 12 Monaten vor der Befragung mehr als 10 Prozent ihrer Zeitarbeitnehmer in das jeweilige Bundesland entliehen haben. Wie zu erwarten ist, werden die bevölkerungsreichsten Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bayern von den Betrieben am häufigsten genannt. In den östlichen Bundesländern sind die Kunden von Zeitarbeitsbetrieben dagegen in geringerem Umfang ansässig. So

entleihen Betriebe häufiger Arbeitnehmer ins EU-Ausland als nach Thüringen oder sogar Schleswig-Holstein.

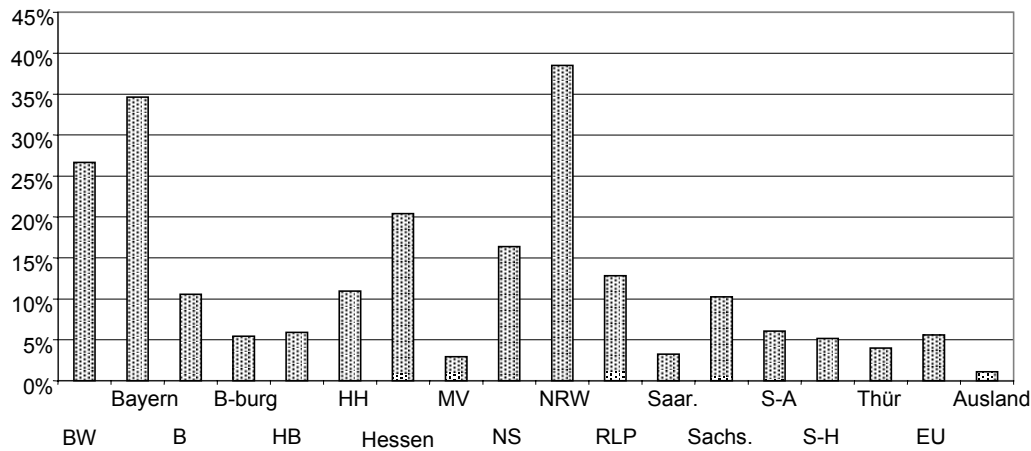


Abbildung 23: Relative Häufigkeit der Zeitarbeitsfirmen, die in den 12 Monaten vor der Befragung über 10% ihrer Zeitarbeitnehmer in die folgenden Bundesländer entliehen haben

Die Anzahl des Stammpersonals in den Betrieben, welches nicht entliehen wird und nicht den Geschäftsführer bzw. Eigentümer einschließt, wird in Abbildung 24 dargestellt. Am häufigsten haben die Betriebe bis zu 10 Mitarbeiter. Das Maximum beträgt 1200. Der gewichtete Durchschnitt beträgt 12,71 und die Standardabweichung 50,0.

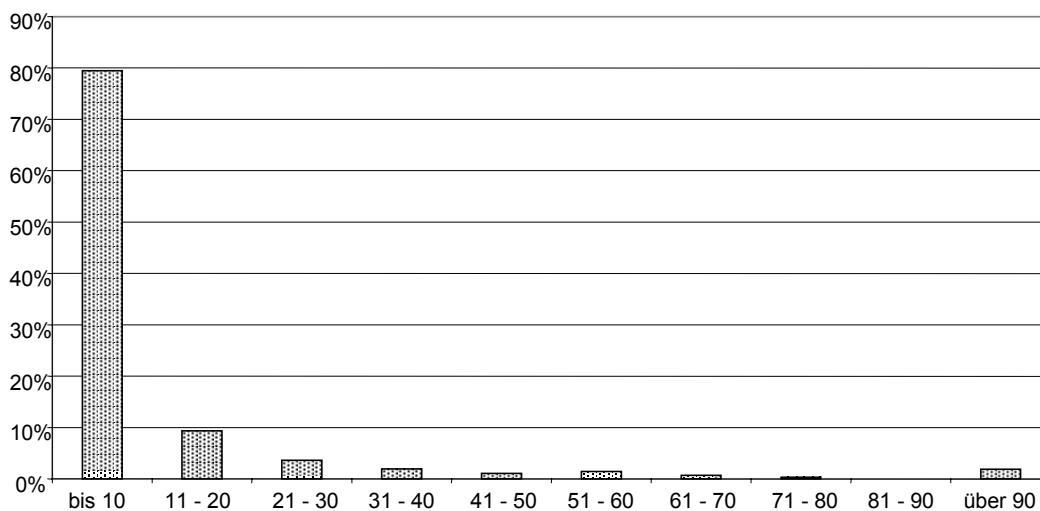


Abbildung 24: Umfang des Stammpersonals

Die Umsatzangaben wurden in Euro und für das Jahr 2002 abgefragt; alternativ konnte der Umsatz für 2001 in DM angegeben werden. Letztere Angaben wurden in Euro umgerechnet. Die folgende Abbildung 25 differenziert nicht nach dem Zeitbezug. Mehr als die Hälfte der Zeitarbeitsbetriebe verzeichnet einen Umsatz von maximal 2 Millionen Euro. Jedoch zeigt die relative Häufigkeit von 3,9 Prozent aller Betriebe mit einem Umsatz über 15 Millionen

Euro, dass die Umsatzangaben sehr weit streuen. So liegt der gewichtete Durchschnitt des Umsatzes bei 4,7 Millionen Euro und die Standardabweichung beträgt 22,1.

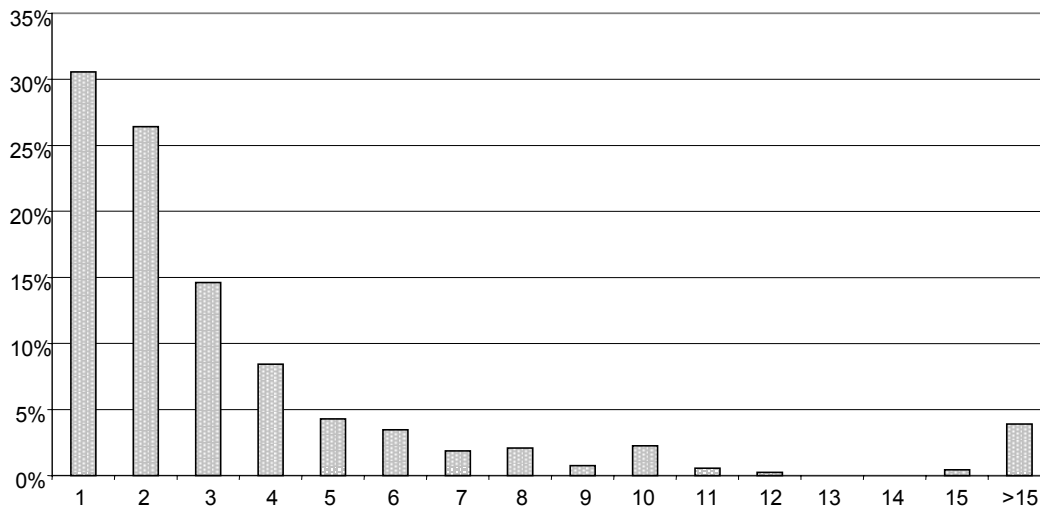


Abbildung 25: Umsatz in Millionen Euro

Die nun folgenden Abbildungen beziehen sich auf die Verteilung des Umsatzes auf verschiedene Geschäftsfelder, wobei nach der Auswahlwahrscheinlichkeit der Betriebe gewichtet wurde. Die Arbeitnehmerüberlassung ist für 48,4 Prozent der Unternehmen das einzige Geschäftsfeld und für 67,3 Prozent der Unternehmen das Geschäftsfeld mit einem Anteil am Gesamtumsatz von über 90 Prozent. Für weitere 13,0 Prozent der Betriebe liegt der Anteil der Arbeitnehmerüberlassung am Umsatz bei über 80 Prozent. Der gewichtete Durchschnitt beträgt 88,6 Prozent und die Standardabweichung bei 21,8.

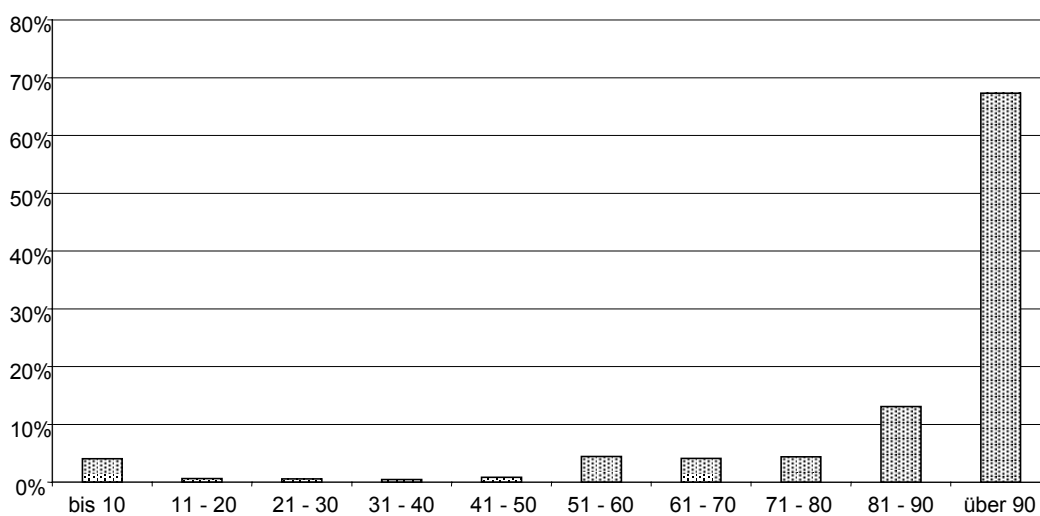


Abbildung 26: Umsatzanteil der Arbeitnehmerüberlassung

Die gewerbsmäßige Vermittlung von Arbeitnehmern spielt nur bei sehr wenigen Betrieben im Datensatz eine Rolle und wenn, dann eine sehr geringe. Bei Umsatzanteilen von

über 20 Prozent tritt praktisch keine Anhäufung von Betrieben mehr auf. So liegt der gewichtete Durchschnitt auch knapp unter drei Prozent und die Standardabweichung bei 8,2.

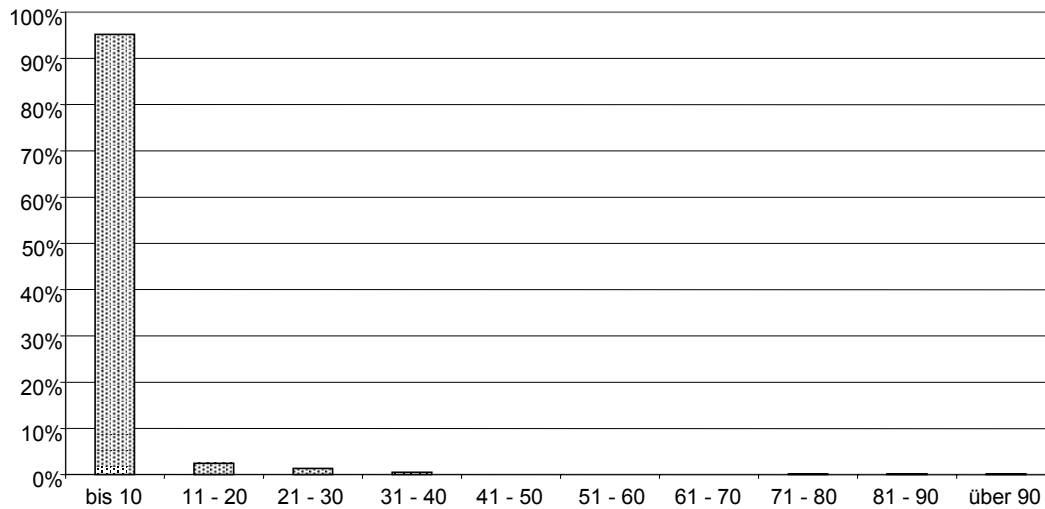


Abbildung 27: Umsatzanteil der Vermittlung

Andere Geschäftsfelder haben für 84,0 Prozent der befragten Betriebe nur einen sehr geringen Anteil am Gesamtumsatz bis 10 Prozent. Jedoch sind bei den übrigen 16 Prozent der Betriebe die Umsatzanteile breit verteilt. So kann es vorkommen, dass spezialisierte Industriebetriebe zusätzlich einige Arbeitnehmer verleihen, um ihre Produkte bei den Kunden einzuführen. Aufgrund der breiten Streuung beträgt der gewichtete Durchschnitt relative große 8,5 Prozent und die Standardabweichung 20,8.

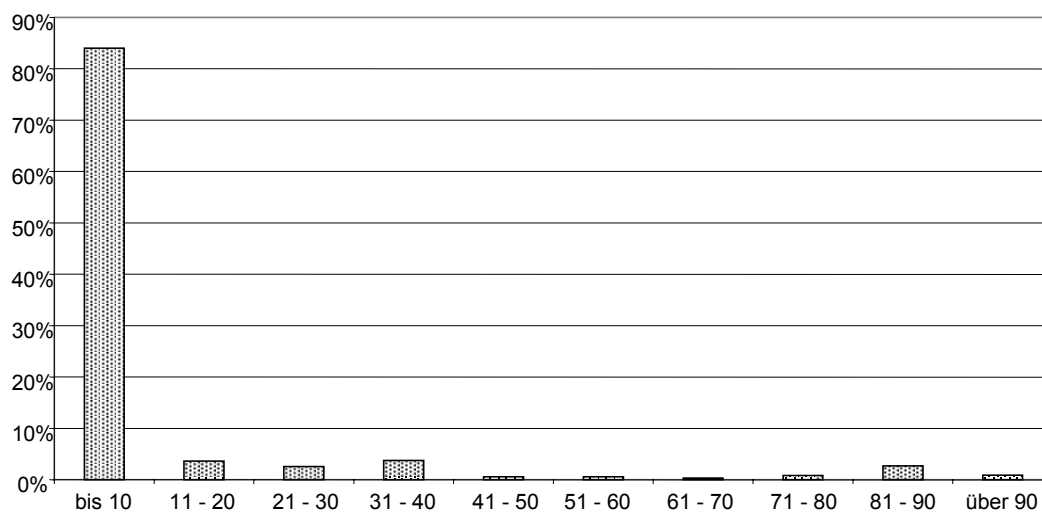


Abbildung 28: Umsatzanteil sonstiger Geschäftsfelder

Abbildung 29 stellt die Anzahl der Nutzerunternehmen dar, an die im Jahr 2002 von den Betrieben Personal entliehen wurde. Unter den Betrieben im Datensatz sind nur einige wenige, die ausschließlich an ein Unternehmen entleihen. Der mit über 40 Prozent relativ größte Teil der Betriebe entleiht an 26 bis 100 Nutzerunternehmen.

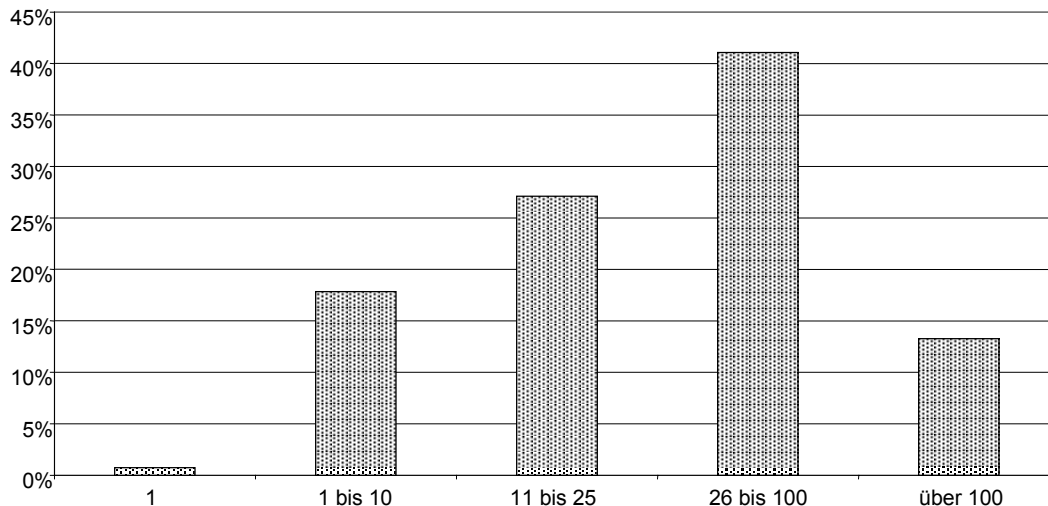


Abbildung 29: Anzahl der Nutzerunternehmen

Über 90 Prozent der Betriebe im Datensatz sind bisher an keinen Tarifvertrag gebunden. Die restlichen 10 Prozent verteilen sich gleichmäßig auf Verbands- und Haustarifverträge. Allerdings scheinen von den 17 Betrieben, die angegeben haben, an einen Haustarifvertrag gebunden zu sein, nicht alle korrekt geantwortet zu haben. So sind 11 dieser Betriebe mit weniger als 100 zu entleihenden Arbeitnehmern, mit maximal 2 Niederlassungen und einem Umsatzanteil der Arbeitnehmerüberlassung von mindestens 60 Prozent, sehr klein. Es ist unwahrscheinlich, dass diese kleinen Zeitarbeitsunternehmen eigene Tarifverträge ausgehandelt haben. Auf Grund der neuen gesetzlichen Regelungen, die im Falle keines Tarifvertrages die vergleichbare Entlohnung (equal pay) und Behandlung (equal treatment) von Zeitarbeitnehmern und Festangestellten ab Januar 2004 vorschreiben, ist jedoch eine Zunahme des Anteils der Betriebe mit Tarifverträgen zu rechnen.

Die letzte Frage bezog sich auf die Einschätzung des Wettbewerbs mit anderen Betrieben der Zeitarbeitsbranche. Dieser wurde von 65 Prozent der befragten Betriebe als stark oder sehr stark eingeschätzt. Die relative Häufigkeit der Antworten schwach bzw. sehr schwach ist hingegen äußerst gering, wie Abbildung 30 zeigt.

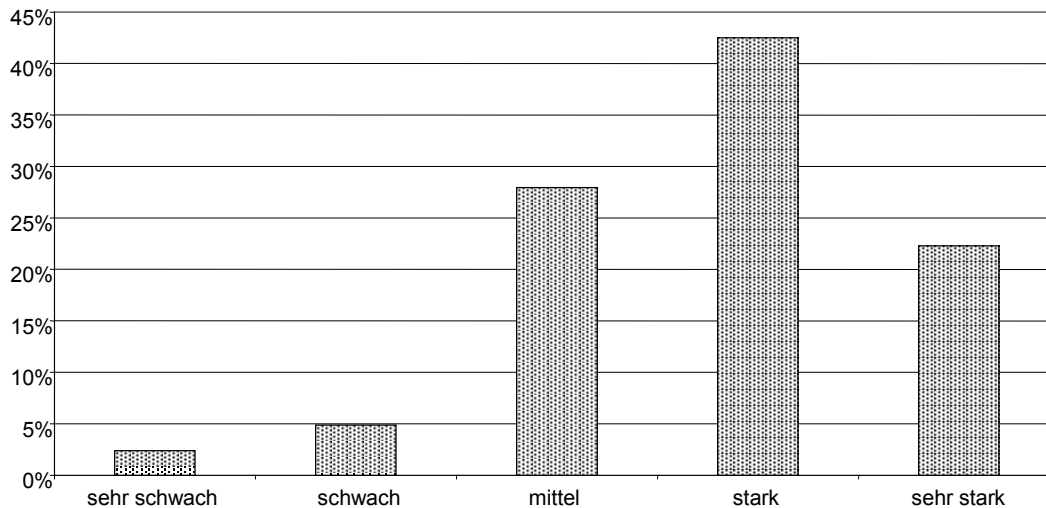


Abbildung 30: Wettbewerbssituation der Zeitarbeitsbetriebe

6. Multivariate Analyse der Perspektivfragen

Im Fragebogen bezieht sich der erste Abschnitt auf die Perspektiven der Zeitarbeit nach der gesetzlichen Neuregelung durch das „Erste Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“. Die Betriebe sollten hierbei angeben, wie das neue Gesetz auf ihre Personalkosten und ihren Umsatz wirken wird und ob die Einrichtung von Personal-Service-Agenturen (PSA) ein interessantes Betätigungsfeld für sie sei. Die deskriptive Darstellung der Antworten zeigte, dass als Folge der Neuregelung tendenziell steigende Personalkosten und eine Verringerung der Umsätze erwartet werden. Die PSA stellen zudem laut Aussage der Betriebe nur für wenige von ihnen ein interessantes Betätigungsfeld dar.

In diesem Abschnitt sollen die Antworten der Betriebe auf die Perspektivfragen in einer multivariaten Analyse aufbereitet werden. Neben der relativen Anzahl der Nennungen in den einzelnen Kategorien ist es wirtschaftspolitisch besonders interessant, ob Betriebe mit unterschiedlichen Charakteristika wie Größe, Qualifikation der Leiharbeitnehmer, Branche oder Region unterschiedlich auf die Perspektivfragen antworten. Dies könnte dazu beitragen, diejenigen Marktsegmente zu identifizieren, in denen die Neuregelung besonders große Probleme bereitet. Eine solche multivariate Analyse gibt zugleich Aufschluss über die Qualität der erhobenen Daten. Falls sich zwischen den Perspektivfragen und den anderen erhobenen Merkmalen keine statistisch signifikanten Zusammenhänge finden, liegt es nahe, dass die Antworten auf die Perspektivfragen hauptsächlich die subjektiven Bewertungen des einzelnen Befragten widerspiegeln, nicht aber die objektive Situation des jeweiligen Betriebs. Entspre

chend vorsichtig müsste man dann auch mit der Interpretation der relativen Anzahl der Nennungen sein.

Für die folgende Analyse werden die Fragen nach erwarteter Umsatzentwicklung und nach dem Interesse des Betriebes an einer Tätigkeit als PSA herangezogen; die Frage nach der Wirkung der Neuregelung auf die Personalkosten ergab ähnliche Ergebnisse wie die Umsatzfrage, hatte jedoch eine wesentlich geringere Variation in den Antwortkategorien, so dass wir hier auf eine Darstellung verzichten. Da die abhängige Variable auf einer Ordinalskala vorliegt, schätzen wir ein Probit-Modell für geordnete Kategorien. Als abhängige Variablen wurden alle aus dem Fragebogen verfügbaren Charakteristika herangezogen. Diejenigen Variablen, die in keiner der gewählten Spezifikationen auch nur annähernd an die Signifikanzschwelle heranreichten, wurden aus der Regression ausgeschlossen. Dies betrifft insbesondere die Frage nach der Qualifikation und dem Alter der Zeitarbeitnehmer. Die Firmengröße kann in den Schätzungen auf unterschiedliche Weise erfasst werden: durch die Höhe des angegebenen Umsatzes, die Anzahl der Leiharbeitnehmer oder durch die Größe des Stammpersonals. Auf der Basis von Wald-Tests auf gemeinsame Signifikanz wurden hier Dummy-Variablen verwendet, die entsprechend der Zahl der beschäftigten Zeitarbeitnehmer gebildet wurden. Bei einer Reihe von Fragen zu den Firmencharakteristika ist die Varianz in den Antworten gering; dies betrifft die rechtliche Selbstständigkeit, die Rechtsform und die Gemeinnützigkeit. Diese Variablen wurden daher nicht verwendet. In einigen Fällen, in denen dies offensichtlich keinen Informationsverlust bedeutete, wurden Antwortkategorien zusammengefasst. So wurde für die Frage nach der Zahl der Niederlassungen eine dichotome Variable gebildet, die angibt, ob das Unternehmen überhaupt Niederlassungen neben seinem Hauptsitz hat. In ähnlicher Weise wurde aus den Antworten nach der Zahl der Kunden eine binäre Variable gebildet, die den Wert eins annimmt, wenn das Unternehmen maximal 10 Kunden hat. Diese Variable identifiziert also die Zeitarbeitsfirmen, die sich auf das Geschäft mit nur wenigen Kunden konzentrieren.

	<i>alle Betriebe</i>		<i>Betriebe > 50 Zeitarb.</i>	
	Koeff.	t-Stat.	Koeff.	t-Stat.
<i>Grad des Wettbewerbs</i>	-0.123	-1.71	-0.262	-2.50
<i>Anteil weiblich</i>	-0.006	-2.09	-0.003	-0.54
<i>26-50 Zeitarbeitnehmer</i>	-0.165	-0.78		
<i>51-75 Zeitarbeitnehmer</i>	-0.225	-0.95		
<i>76-100 Zeitarbeitnehmer</i>	-0.210	-0.80	0.122	0.48
<i>über 100 Zeitarbeitnehmer</i>	0.023	0.10	0.293	1.39
<i>≤ 10 Nutzer</i>	0.550	2.80	0.235	0.58
<i>Niederlassungen</i>	-0.165	-1.03	-0.002	-0.01
<i>Haustarifvertrag</i>	0.125	0.41	1.010	3.11
<i>Flächentarifvertrag</i>	0.512	1.62	0.799	2.12
<i>Mitglied BZA</i>	0.153	1.00	0.150	0.71
<i>Mitglied IGZ</i>	-0.019	-0.12	-0.046	-0.21
<i>Mitglied anderer Verband</i>	-0.457	-1.78	-0.383	-1.32
<i>Umsatzanteil Zeitarbeit</i>	0.000	-0.11	-0.001	-0.24
<i>Baden-Württemberg</i>	0.442	2.93	0.524	2.73
<i>Bayern</i>	0.041	0.30	-0.044	-0.22
<i>Berlin</i>	0.013	0.07	0.109	0.42
<i>Brandenburg</i>	-0.260	-1.17	-0.662	-1.95
<i>Bremen</i>	-0.243	-1.11	-0.255	-0.90
<i>Hamburg</i>	0.112	0.67	-0.080	-0.34
<i>Hessen</i>	-0.289	-1.88	-0.579	-2.64
<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	-0.265	-0.88	-0.135	-0.33
<i>Niedersachsen</i>	0.196	1.17	0.202	0.83
<i>Nordrhein-Westfalen</i>	0.159	1.24	0.369	2.13
<i>Rheinland-Pfalz</i>	-0.089	-0.38	-0.159	-0.62
<i>Saarland</i>	-0.381	-1.33	-0.545	-1.40
<i>Sachsen</i>	0.025	0.14	-0.088	-0.33
<i>Sachsen-Anhalt</i>	-0.217	-0.87	-0.063	-0.18
<i>Schleswig-Holstein</i>	0.025	0.10	-0.191	-0.67
<i>Thüringen</i>	0.187	0.67	0.611	1.45
<i>Ausland</i>	0.324	1.53	0.376	1.34
<i>Landwirtschaft</i>	0.066	0.52	0.007	0.06
<i>Bergbau und Energie</i>	0.000	0.00	0.198	1.26
<i>Chemie</i>	0.087	1.25	-0.077	-0.88
<i>Metall</i>	-0.083	-1.72	-0.073	-1.01
<i>Elektro</i>	-0.092	-1.64	-0.122	-1.24
<i>Bau</i>	-0.088	-1.53	-0.034	-0.44
<i>sonst. verarb. Gewerbe</i>	-0.088	-1.26	-0.043	-0.50
<i>Handel</i>	0.025	0.30	0.082	0.92
<i>Transport</i>	0.089	1.25	0.134	1.17
<i>Kredit</i>	0.165	1.14	0.209	1.42
<i>sonst. Dienstleistungen</i>	-0.050	-0.85	-0.167	-2.17
<i>Anzahl Beobachtungen</i>		451		260
<i>Pseudo-R²</i>		0.09		0.11

Signifikante Koeffizienten (zum 10-Prozent-Niveau) sind fett gedruckt. Standardfehler der Koeffizienten sind robust geschätzt (White).

Tabelle 8: Geordnete Probit-Schätzung der Umsatzerwartungen

	<i>alle Betriebe</i>		<i>Betriebe > 50 Zeitarb.</i>	
	Koeff.	t-Stat.	Koeff.	t-Stat.
<i>Grad des Wettbewerbs</i>	-0.192	-2.52	-0.135	-1.27
<i>Anteil weiblich</i>	-0.001	-0.42	-0.002	-0.37
<i>26-50 Zeitarbeitnehmer</i>	0.184	0.98		
<i>51-75 Zeitarbeitnehmer</i>	0.502	2.38		
<i>76-100 Zeitarbeitnehmer</i>	-0.037	-0.17	-0.404	-1.76
<i>über 100 Zeitarbeitnehmer</i>	0.027	0.12	-0.327	-1.53
<i>≤ 10 Nutzer</i>	-0.486	-2.18	0.063	0.14
<i>Niederlassungen</i>	0.063	0.43	0.122	0.67
<i>Haustarifvertrag</i>	-0.518	-1.45	-0.492	-1.06
<i>Flächentarifvertrag</i>	-0.830	-2.77	-0.812	-2.26
<i>Mitglied BZA</i>	-0.162	-0.54	-0.245	-0.79
<i>Mitglied IGZ</i>	-0.159	-0.76	-0.276	-1.29
<i>Mitglied anderer Verband</i>	0.114	0.48	-0.012	-0.04
<i>Umsatzanteil Zeitarbeit</i>	0.006	1.70	0.008	0.92
<i>Umsatzanteil Vermittlung</i>	-0.003	-0.40	0.003	0.33
<i>Baden-Württemberg</i>	-0.319	-2.10	-0.133	-0.66
<i>Bayern</i>	-0.021	-0.14	0.068	0.34
<i>Berlin</i>	0.034	0.16	-0.162	-0.61
<i>Brandenburg</i>	-0.323	-1.42	0.037	0.13
<i>Bremen</i>	0.177	0.60	0.132	0.39
<i>Hamburg</i>	0.026	0.12	0.323	1.12
<i>Hessen</i>	-0.113	-0.66	-0.301	-1.06
<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	0.199	0.62	-0.058	-0.15
<i>Niedersachsen</i>	-0.200	-0.87	-0.011	-0.05
<i>Nordrhein-Westfalen</i>	0.031	0.21	-0.316	-1.59
<i>Rheinland-Pfalz</i>	0.110	0.55	0.285	1.12
<i>Saarland</i>	0.044	0.17	-0.108	-0.32
<i>Sachsen</i>	-0.162	-0.78	-0.427	-1.66
<i>Sachsen-Anhalt</i>	-0.015	-0.07	-0.312	-1.13
<i>Schleswig-Holstein</i>	0.189	0.64	0.081	0.23
<i>Thüringen</i>	0.032	0.13	0.886	2.39
<i>Ausland</i>	-0.443	-1.72	-0.140	-0.47
<i>Landwirtschaft</i>	-0.374	-2.67	-0.249	-1.72
<i>Bergbau und Energie</i>	-0.024	-0.25	-0.340	-1.69
<i>Chemie</i>	-0.064	-1.00	-0.019	-0.22
<i>Metall</i>	-0.005	-0.12	0.034	0.52
<i>Elektro</i>	0.094	1.65	-0.015	-0.17
<i>Bau</i>	-0.065	-1.14	-0.103	-1.28
<i>sonst. verarb. Gewerbe</i>	0.036	0.58	-0.025	-0.34
<i>Handel</i>	-0.220	-2.57	-0.101	-1.16
<i>Transport</i>	0.027	0.41	-0.047	-0.52
<i>Kredit</i>	-0.146	-1.36	0.009	0.06
<i>sonst. Dienstleistungen</i>	-0.017	-0.33	-0.021	-0.32
<i>Anzahl Beobachtungen</i>		451		260
<i>Pseudo-R²</i>		0.07		0.08

Signifikante Koeffizienten (zum 10-Prozent-Niveau) sind fett gedruckt. Standardfehler der Koeffizienten sind robust geschätzt (White).

Tabelle 9: Geordnete Probit-Schätzung des Interesses an PSA

Die Standardfehler der Koeffizienten sind robust geschätzt. Es werden jeweils zwei Schätzungen durchgeführt: einmal für die gesamte Stichprobe, zum anderen für die Unternehmen mit mehr als 50 Zeitarbeitnehmern. Der Grund hierfür ist, dass das Antwortverhalten der sehr kleinen Unternehmen möglicherweise von dem der anderen Unternehmen abweicht. Geschäftsführer von sehr kleinen Unternehmen sind möglicherweise weniger gut über die gesetzlichen Neuregelungen informiert und neigen daher eher dazu, als Ausdruck der Indifferenz die Kategorien „unverändert“ bzw. „weder ja noch nein“ anzukreuzen.

Die Ergebnisse der Schätzung für die Umsatzerwartungen werden in Tabelle 8 dargestellt. Von den 43 erklärenden Variablen haben nur wenige Koeffizienten, die sich auf dem 10-Prozent-Signifikanzniveau von null unterscheiden. Hierbei unterscheiden sich die Variablen mit signifikantem Einfluss zwischen den Stichproben, für die die Regressionen durchgeführt wurden. Die Anzahl der Beobachtungen liegt bei 451 für die erste Stichprobe aller Betriebe und bei 260 bei der zweiten Stichprobe mit Betrieben, die über 50 Zeitarbeitnehmer beschäftigen. Das Pseudo-R² liegt bei 0,09 für die erste und 0,11 für die zweite Stichprobe. Die beschriebenen Effekte gehen alle von der ceteris-paribus-Annahme aus.

Der Grad des Wettbewerbs nach der eigenen Einschätzung der Betriebe hat einen signifikant negativen Koeffizienten von -0,123 für die Stichprobe aller Betriebe und einen mehr als doppelt so niedrigen Koeffizienten für die Stichprobe mit den Betrieben, die mehr als 50 Zeitarbeitnehmer beschäftigen. Da der Wert dieser kategorischen Variable mit Zunahme des Wettbewerbs ansteigt und der Wert der zu erklärenden Variable Umsatzerwartung mit höherem Umsatz größer wird, führt ein stärkerer Wettbewerb zu einer erwarteten Umsatzverkleinerung. Die Höhe dieses Effektes ist eher gering, da der Unterschied einer Kategorie des Wettbewerbs, zum Beispiel zwischen mittel und stark, nur ca. 12 Prozent des Unterschieds einer Kategorie zu einer niedrigeren Kategorie der Umsatzerwartung in der Stichprobe aller Betriebe erklärt. Der Anteil von Frauen an den Zeitarbeitnehmern/-innen in einem Betrieb hat einen signifikanten, jedoch sehr geringen negativen Effekt auf die erwarteten Umsatzänderungen, wenn alle Betriebe betrachtet werden. Die Größe des Betriebes, gemessen in Kategorien der Anzahl von Zeitarbeitnehmern, hat keinen signifikanten Effekt, weder für einzelne Kategorien noch für alle Kategorien gemeinsam. Die Anzahl der Kategorien unterscheidet sich zwischen den beiden Stichproben, da in der zweiten nur große Betriebe enthalten sind und die jeweils niedrigste Kategorie als Referenzkategorie dient. Betriebe, die an bis zu 10 Nutzerunternehmen verleihen, haben signifikant höhere erwartete Umsatzänderungen, jedoch nur für die erste, komplette Stichprobe. Die Anzahl der Niederlassungen hat keinen signifikanten Effekt, jedoch hat die Art des Tarifvertrages bei der zweiten Stichprobe der großen

Unternehmen einen Einfluss auf die erwarteten Umsatzänderungen. Demnach erwarten Betriebe mit einem Tarifvertrag, sei es ein Flächen- oder Haustarifvertrag, einen höheren bzw. weniger niedrigeren Umsatz im Vergleich zu Betrieben ohne Tarifvertrag. Jedoch besitzen nur 17 Betriebe dieser Stichprobe einen Tarifvertrag. Mitglieder in einem anderen Verband der Zeitarbeitsbranche, neben BZA und iGZ, haben eine signifikant niedrigere Umsatzerwartung relativ zu den Betrieben, die in keinem Verband Mitglied sind. Interessanterweise hat der Umsatzanteil der Arbeitnehmerüberlassung in den Betrieben keinen signifikanten Einfluss auf die erwarteten Umsatzänderungen. So sind Betriebe mit einem geringen Umsatzanteil in der Arbeitnehmerüberlassung genauso von der neuen Gesetzgebung betroffen wie andere Zeitarbeitsbetriebe. Die Bundesländer, in denen die Betriebe aktiv sind, d.h. auf die mindestens 10 Prozent ihrer Entleihungen in den letzten 12 Monaten entfiel, sind gemeinsam zum 4-Prozent-Signifikanzniveau und zum Teil auch einzeln signifikant. Baden-Württemberg hat den höchsten und am meisten signifikanten Koeffizienten für beide Stichproben. Entleihungen in dieses Bundesland haben einen signifikant positiven Effekt auf die erwartete Umsatzänderung in Folge der neuen Gesetzgebung, während Entleihungen nach Hessen einen signifikant negativen Effekt haben. Für die zweite Stichprobe mit großen Betrieben haben Entleihungen nach Brandenburg signifikant negative und nach Nordrhein-Westfalen signifikant positive Effekte auf die Umsatzänderungen. Die Anteile der Zeitarbeitnehmer, die in die verschiedenen Branchen entliehen werden, sind gemeinsam nicht signifikant. Jedoch haben die Anteile in einzelnen Branchen einen signifikanten Einfluss auf die erwarteten Umsatzänderungen. So sinkt mit einem steigenden Anteil von Zeitarbeitnehmern in der Metall- und Elektrobranche die erwartete Umsatzänderung in der ersten Stichprobe. Dies gilt auch für sonstige Dienstleistungen in der zweiten Stichprobe.

Die Ergebnisse der Schätzung für das Interesse an PSA sind in Tabelle 9 abgedruckt. Da der Wert der zu erklärenden Variable mit sinkendem Interesse, als PSA aktiv zu werden, zunimmt, bedeutet ein negativer Koeffizient einen positiven Effekt auf das Interesse der Betriebe an PSA als Betätigungsfeld. Bei den Regressionen zum Interesse der Betriebe an einer PSA-Tätigkeit aktiv zu werden, liegt die Anzahl der Beobachtungen in der ersten (zweiten) Stichprobe bei 451 (260) und das Pseudo-R² bei 0,07 (0,08).

Der Grad des Wettbewerbs eines Betriebes hat einen signifikant negativen Koeffizienten, jedoch nur für die erste Stichprobe. Betriebe, die sich in starkem Wettbewerb befinden, zeigen eher Interesse an PSA. Die Dummyvariablen über die Anzahl der Zeitarbeitnehmer sind gemeinsam signifikant zum 7-Prozent-Signifikanzniveau. Einzeln signifikant ist der positive Koeffizient der Kategorie für größere Unternehmen mit 51 bis 75 Zeitarbeitnehmern,

welche eher nicht als PSA aktiv werden wollen als kleine Unternehmen mit unter 25 Zeitarbeitnehmern. In der zweiten Stichprobe ist der Koeffizient der Kategorie mit Unternehmen mit 76-100 Zeitarbeitnehmern signifikant negativ. Große Unternehmen scheinen sich daher am ehesten für die PSA als Betätigungsfeld zu interessieren. Eine geringe Anzahl an Nutzerunternehmen vergrößert das Interesse als PSA aktiv zu werden signifikant in der ersten Stichprobe. Ein vorhandener Flächentarifvertrag steigert das Interesse als PSA aktiv zu werden stark. Die Mitgliedschaft in Verbänden hat keinen signifikanten Effekt auf das Interesse an PSA, auch nicht gemeinsam. Die Höhe des Umsatzanteils der Zeitarbeit hat hingegen einen signifikant positiven Koeffizienten in der ersten Stichprobe. Betriebe, die auch anderweitig aktiv sind, z.B. in der Vermittlung von Arbeitnehmern, scheinen ein größeres Interesse zu haben als PSA aktiv zu werden als reine Zeitarbeitsbetriebe. Regionale Unterschiede zwischen Betrieben hinsichtlich des Interesses an PSA scheinen kaum zu bestehen. So haben die Bundesländer, in die entliehen wird, zusammen keinen von null signifikant unterschiedlichen Effekt. Allein die Entleihung in einzelne Bundesländer wie Baden-Württemberg und das Ausland in der ersten Stichprobe hat einen signifikant positiven Einfluss auf das Interesse an PSA. In der zweiten Stichprobe hat die Entleihung nach Sachsen einen signifikant positiven und die nach Thüringen einen signifikant negativen Effekt. Der Anteil der Zeitarbeitnehmer, die in verschiedene Branchen entliehen werden, ist nur in der ersten Stichprobe signifikant. So verringert ein hoher Anteil in der Elektrobranche das Interesse an PSA, während ein hoher Anteil an Zeitarbeitnehmern im Handel das Interesse erhöht. Gemeinsam sind die Koeffizienten der Branchen auf dem 2-Prozent-Signifikanzniveau von null verschieden.

Die Regressionsergebnisse zeigen eine Reihe signifikanter Koeffizienten. Dies lässt vermuten, dass das Antwortverhalten nicht völlig subjektiv oder zufällig ist. Insgesamt zeigt sich, dass die Branche zwar auf der einen Seite den Neuregelungen kritisch gegenübersteht. Andererseits wird auch eine gewisse Heterogenität innerhalb der Branche deutlich, die zeigt, dass nicht alle Unternehmen in gleicher Weise von der Neuregelung betroffen sind bzw. diesen besser zu begegnen wissen.

7. Abschließende Bemerkungen

7.1 Aussagekraft des Datensatzes

Der hier vorgestellte Datensatz umfasst 471 Betriebe der Zeitarbeit mit 46 erhobenen Variablen zu den Perspektiven der Zeitarbeit, den Beschäftigten und weiteren Eigenschaften der Betriebe. Damit handelt es sich um die Erhebung mit den meisten Beobachtungen, die jenseits der amtlichen Statistik bisher in der deutschen Zeitarbeitsbranche durchgeführt worden ist. Im Vergleich zu bisher vorhandenen Daten wie der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit bietet der Datensatz detaillierte Informationen über die Qualifikation der Arbeitnehmer, die Branche ihrer Nutzerunternehmen und die relativen Verleihsätze auf dem Niveau der Betriebe. Zudem können die erwarteten Personalkosten- und Umsatzänderungen in Folge der neuen Gesetzgebung für verschiedene Betriebe abgeschätzt werden. Durch die Gewichtung der Angaben mit der Auswahlwahrscheinlichkeit der Betriebe können repräsentative Aussagen über die im MARKUS-Datensatz vorkommenden Zeitarbeitsbetriebe gemacht werden. Auf Grund der im Vergleich zu anderen Unternehmensbefragungen sehr hohen Bruttorücklaufquote von 35,8 Prozent besitzen die auf der Grundlage der Daten getroffenen Aussagen einen hohen Grad der Repräsentativität. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die in der MARKUS-Datenbank enthaltenen Zeitarbeitsbetriebe nur bedingt für die Gesamtheit der Zeitarbeitsbetriebe in Deutschland repräsentativ sind.

7.2 Wichtigste Ergebnisse

Die überwiegende Mehrheit der befragten Betriebe erwartet steigende Personalkosten und sinkende Umsätze als Folge der neuen Gesetzgebung im Rahmen der Zeitarbeit. Die multivariate Analyse ergab, dass es vor allem Betriebe sind, die stark im Wettbewerb mit anderen Zeitarbeitsbetrieben stehen und einen weiten Kundenkreis an Nutzerunternehmen haben, die diese Folgen der Neuregelung erwarten. Zudem gibt es Unterschiede zwischen den Branchen: besonders in den „traditionellen“ Einsatzbranchen der Zeitarbeit wie der Metall- und Elektrobranche werden Umsatzverluste erwartet. Nur ein geringer Anteil der Betriebe sieht Personal-Service-Agenturen als interessantes Betätigungsfeld an. Für große Betriebe mit über 75 Zeitarbeitnehmern scheint die PSA als Betätigungsfeld eher in Frage zu kommen als für kleinere Betriebe. Ein Flächentarifvertrag und ein geringer Umsatzanteil der Zeitarbeit scheinen ein Interesse an PSA zu stärken.

Die Höhe der Verleihsätze, welche Betriebe für die Entleihung ihrer Zeitarbeitnehmer verlangen, variiert stark zwischen den Betrieben und mit der Qualifikation der zu entleihenden Arbeitnehmer. Für alle definierten Musterarbeitnehmer, von der Hilfs- zur IT-Fachkraft, werden Entleihsätze von mehr als 25 Prozent unter bis mehr als 50 Prozent über den vergleichbaren Kosten bei Festanstellung erhoben. Dabei werden bis auf die unausgebildete Hilfskraft alle Arbeitnehmertypen am häufigsten zu Verleihsätzen entliehen, die bis zu 10 Prozent unter den vergleichbaren Kosten liegen. Die relative Häufigkeit der Betriebe, die ihren Arbeitnehmer unter den vergleichbaren Kosten entleihen, nimmt mit steigender Qualifikation des zu entleihenden Arbeitnehmers ab, während die Häufigkeit relativ höherer Verleihsätze ansteigt. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit Untersuchungen über den Lohnabstand zwischen Leiharbeit und regulärer Arbeit, wonach die Löhne von Zeitarbeitnehmern vor allem im Bereich niedriger Qualifikationen unter denen regulärer Arbeitnehmer liegen.

7.3 Forschungsausblick

Die Daten können über die deskriptive Auswertung hinaus für das übergeordnete Ziel verwendet werden, empirische Evidenz bezüglich des Angebots an Zeitarbeitnehmern durch die Verleihbetriebe oder der betrieblichen Nachfrage nach Zeitarbeitskräften seitens der Entleihbetriebe zu schaffen. Im ersten Fall könnten insbesondere die Preissetzungsstrategien der Zeitarbeitsbetriebe im Vordergrund stehen. Im zweiten Fall könnten die hier erhobenen Informationen durch die Aggregation zu branchen- und regionenspezifischen Zellenwerten mit betrieblichen Charakteristika verbunden werden, die aus anderen Datenquellen stammen. Während sich bisherige Untersuchungen über die Inanspruchnahme der Zeitarbeit nicht auf Information über die Höhe der Verrechnungssätze stützen konnten, stehen durch die in der Erhebung gewonnenen Daten Angaben über die Preise auf dem Markt für Zeitarbeitnehmer zur Verfügung. Neu ist zudem die Einschätzung des Wettbewerbsgrads durch die Anbieter. Auch deshalb bietet sich der Datensatz zur Analyse einer Reihe von arbeitsmarkt- oder industrieökonomischen Fragestellungen an.

8. Literaturverzeichnis

- Cochran, William G. (1972), *Stichprobenverfahren*, Berlin: De Gruyter.
- Engel, Dirk und Helmut Fryges (2001), *Aufbereitung und Angebot der ZEW-Gründungsindikatoren*, ZEW Dokumentation Nr. 02 – 01.
- Hartmann, Josef (1997), *Komplexes Stichprobendesign und Ereignisanalyse: Zur Notwendigkeit einer Gewichtung bei disproportional geschichteter Stichprobenziehung*, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Arbeitspapiere Arbeitsbereich I, 17.
- Ifo Institut (1995), *Bericht zur Durchführung der Befragungen im Frühjahr und Herbst 1994*, München.
- Kvasnicka, Michael und Axel Werwatz (2002), *On the Wages of Temporary Help Service Workers in Germany*, mimeo, Berlin.
- Schröder, Esther (1997), *Arbeitnehmerüberlassung in Vermittlungsabsicht, Start oder Fehlstart eines arbeitsmarktpolitischen Modells in Deutschland?*, *Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* (BeitrAB) 209, Nürnberg.
- Storrie, E. (2002), *Temporary Agency Work in the European Union*, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin.
- Watzka, Klaus (2000), *Einsatz von Zeitarbeit in den Unternehmen*, *Personal*, vol. 1, 43-48.
- Wierlemann, Frank (1995), *Zeitarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden*, Frankfurt a.M.: Lang.

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) ist ein Wirtschaftsforschungsinstitut mit Sitz in Mannheim, das 1990 auf Initiative der Landesregierung Baden-Württemberg, der Landeskreditbank Baden-Württemberg und der Universität Mannheim gegründet wurde und im April 1991 seine Arbeit aufnahm. Der Arbeit des ZEW liegen verschiedene Aufgabenstellungen zugrunde:

- ▷ interdisziplinäre Forschung in praxisrelevanten Bereichen,
- ▷ Informationsvermittlung,
- ▷ Wissenstransfer und Weiterbildung.

Im Rahmen der Projektforschung werden weltwirtschaftliche Entwicklungen und insbesondere die mit der europäischen Integration einhergehenden Veränderungsprozesse erfaßt und in ihren Wirkungen auf die deutsche Wirtschaft analysiert. Priorität besitzen Forschungsvorhaben, die für Wirtschaft und Wirtschaftspolitik praktische Relevanz aufweisen. Die Forschungsergebnisse werden sowohl im Wissenschaftsbereich vermittelt als auch über Publikationsreihen, moderne Medien und Weiterbildungsveranstaltungen an Unternehmen, Verbände und die Wirtschaftspolitik weitergegeben.

Recherchen, Expertisen und Untersuchungen können am ZEW in Auftrag gegeben werden. Der Wissenstransfer an die Praxis wird in Form spezieller Seminare für Fach- und Führungskräfte aus der Wirtschaft gefördert. Zudem können sich Führungskräfte auch durch zeitweise Mitarbeit an Forschungsprojekten und Fallstudien mit den neuen Entwicklungen in der empirischen Wissenschaftsforschung und spezifischen Feldern der Wirtschaftswissenschaften vertraut machen.

Die Aufgabenstellung des ZEW in der Forschung und der praktischen Umsetzung der Ergebnisse setzt Interdisziplinarität voraus. Die Internationalisierung der Wirtschaft, vor allem aber der euro-

päische Integrationsprozeß werfen zahlreiche Probleme auf, in denen betriebs- und volkswirtschaftliche Aspekte zusammentreffen. Im ZEW arbeiten daher Volkswirte und Betriebswirte von vornherein zusammen. Je nach Fragestellung werden auch Juristen, Sozial- und Politikwissenschaftler hinzugezogen.

Forschungsprojekte des ZEW sollen Probleme behandeln, die für Wirtschaft und Wirtschaftspolitik praktische Relevanz aufweisen. Deshalb erhalten Forschungsprojekte, die von der Praxis als besonders wichtig eingestuft werden und für die gleichzeitig Forschungsdefizite aufgezeigt werden können, eine hohe Priorität. Die Begutachtung von Projektanträgen erfolgt durch den wissenschaftlichen Beirat des ZEW. Forschungsprojekte des ZEW behandeln vorrangig Problemstellungen aus den folgenden Forschungsbereichen:

- ▷ Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement,
 - ▷ Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung,
 - ▷ Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung,
 - ▷ Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft,
 - ▷ Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement
- sowie der Forschungsgruppe
- ▷ Informations- und Kommunikationstechnologien.

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW)
L 7, 1 · D-68161 Mannheim
Postfach 10 34 43
D-68034 Mannheim
Telefon: 06 21 / 12 35-01
Telefax: 06 21 / 12 35-224
Internet: www.zew.de

In der Reihe ZEW-Dokumentation sind bisher erschienen:

Nr.	Autor(en)	Titel
93-01	Johannes Velling Malte Woydt	Migrationspolitiken in ausgewählten Industriestaaten. Ein synoptischer Vergleich Deutschland - Frankreich - Italien - Spanien - Kanada.
94-01	Johannes Felder, Dietmar Harhoff, Georg Licht, Eric Nerlinger, Harald Stahl	Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft. Ergebnisse der Innovationserhebung 1993
94-02	Dietmar Harhoff	Zur steuerlichen Behandlung von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen. Eine internationale Bestandsaufnahme.
94-03	Anne Grubb Suhita Osório-Peters (Hrsg.)	Abfallwirtschaft und Stoffstrommanagement. Ökonomische Instrumente der Bundesrepublik Deutschland und der EU.
94-04	Jens Hemmelskamp (Hrsg.)	Verpackungsmaterial und Schmierstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen.
94-05	Anke Saebetzki	Die ZEW-Umfrage bei Dienstleistungsunternehmen: Panelaufbau und erste Ergebnisse.
94-06	Johannes Felder, Dietmar Harhoff, Georg Licht, Eric Nerlinger, Harald Stahl	Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft. Methodenbericht zur Innovationserhebung 1993.
95-01	Hermann Buslei	Vergleich langfristiger Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland.
95-02	Klaus Rennings	Neue Wege in der Energiepolitik unter Berücksichtigung der Situation in Baden-Württemberg.
95-03	Johannes Felder, Dietmar Harhoff, Georg Licht, Eric Nerlinger, Harald Stahl	Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft. Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland.
95-04	Ulrich Anders	<i>G-Mind – German Market Indicator</i> : Konstruktion eines Stimmungsbarometers für den deutschen Finanzmarkt.
95-05	Friedrich Heinemann Martin Kukuk Peter Westerheide	Das Innovationsverhalten der baden-württembergischen Unternehmen – Eine Auswertung der ZEW/infas-Innovationserhebung 1993
95-06	Klaus Rennings Henrike Koschel	Externe Kosten der Energieversorgung und ihre Bedeutung im Konzept einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung.
95-07	Heinz König Alfred Spielkamp	Die Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen – Situation und Perspektiven in Ost und West
96-01	Fabian Steil	Unternehmensgründungen in Ostdeutschland.
96-02	Norbert Ammon	Financial Reporting of Derivatives in Banks: Disclosure Conventions in Germany, Great Britain and the USA.
96-03	Suhita Osório-Peters Karl Ludwig Brockmann	Nord-Süd Agrarhandel unter veränderten Rahmenbedingungen.
96-04	Heidi Bergmann	Normsetzung im Umweltbereich. Dargestellt am Beispiel des Stromeinspeisungsgesetzes.
96-05	Georg Licht, Wolfgang Schnell, Harald Stahl	Ergebnisse der Innovationserhebung 1995.
96-06	Helmut Seitz	Der Arbeitsmarkt in Brandenburg: Aktuelle Entwicklungen und zukünftige Herausforderungen.
96-07	Jürgen Egel, Manfred Erbsland, Annette Hügel, Peter Schmidt	Der Wirtschaftsstandort Vorderpfalz im Rhein-Neckar-Dreieck: Standortfaktoren, Neugründungen, Beschäftigungsentwicklung.
96-08	Michael Schröder, Friedrich Heinemann, Kathrin Kölbl, Sebastian Rasch, Max Steiger, Peter Westernheide	Möglichkeiten und Maßnahmen zur Wahrung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.
96-09	Olaf Korn, Michael Schröder, Andrea Szczesny, Viktor Winschel	Risikomessung mit Shortfall-Maßen. Das Programm MAMBA – Metzler Asset Management Benchmark Analyzer.
96-10	Manfred Erbsland	Die Entwicklung der Steuern und Sozialabgaben – ein internationaler Vergleich.
97-01	Henrike Koschel Tobias F. N. Schmidt	Technologischer Wandel in AGE-Modellen: Stand der Forschung, Entwicklungsstand und -potential des GEM-E3-Modells.
97-02	Johannes Velling Friedhelm Pfeiffer	Arbeitslosigkeit, inadäquate Beschäftigung, Berufswechsel und Erwerbsbeteiligung.
97-03	Roland Rösch Wolfgang Bräuer	Möglichkeiten und Grenzen von Joint Implementation im Bereich fossiler Kraftwerke am Beispiel der VR China.
97-04	Ulrich Anders, Robert Dornau, Andrea Szczesny	<i>G-Mind – German Market Indicator</i> . Analyse des Stimmungsindikators und seiner Subkomponenten.
97-05	Katinka Barysch Friedrich Heinemann Max Steiger	Bond Markets in Advanced Transition: A Synopsis of the Visegrád Bond Markets.
97-06	Suhita Osório-Peters, Nicole Knopf, Hatice Aslan	Der internationale Handel mit Agrarprodukten – Umweltökonomische Aspekte des Bananenhandels
97-07	Georg Licht, Harald Stahl	Ergebnisse der Innovationserhebung 1996.
98-01	Horst Entorf, Hannes Spengler	Kriminalität, ihr Ursachen und ihre Bekämpfung: Warum auch Ökonomen gefragt sind.

- 98-02 Doris Blechinger,
Alfred Kleinknecht,
Georg Licht, Friedhelm Pfeiffer The Impact of Innovation on Employment in Europe – An Analysis using CIS Data.
- 98-03 Liliane von Schuttenbach
Krzysztof B. Matusiak Gründer- und Technologiezentren in Polen 1997.
- 98-04 Ulrich Kaiser
Herbert S. Buscher Der Service Sentiment Indicator – Ein Konjunkturklimaindikator für den Wirtschaftszweig unternehmensnahe Dienstleistungen.
- 98-05 Max Steiger Institutionelle Investoren und Coporate Governance – eine empirische Analyse.
- 98-06 Oliver Kopp, Wolfgang Bräuer Entwicklungschancen und Umweltschutz durch Joint Implementation mit Indien.
- 98-07 Suhita Osório-Peters Die Reform der EU-Marktordnung für Bananen – Lösungsansätze eines fairen Handels unter Berücksichtigung der Interessen von Kleinproduzenten .
- 98-08 Christian Geßner
Sigurd Weinreich Externe Kosten des Straßen- und Schienenverkehrslärms am Beispiel der Strecke Frankfurt – Basel.
- 98-09 Marian Beise,
Birgit Gehrke, u. a. Zur regionalen Konzentration von Innovationspotentialen in Deutschland
- 98-10 Otto H. Jacobs, Dietmar Harhoff,
Christoph Spengel,
Tobias H. Eckerle,
Claudia Jaeger, Katja Müller,
Fred Ramb, Alexander Wünsche Stellungnahme zur Steuerreform 1999/2000/2002.
- 99-01 Friedhelm Pfeiffer Lohnflexibilisierung aus volkswirtschaftlicher Sicht.
- 99-02 Elke Wolf Arbeitszeiten im Wandel. Welche Rolle spielt die Veränderung der Wirtschaftsstruktur?
- 99-03 Stefan Vögele
Dagmar Nelissen Möglichkeiten und Grenzen der Erstellung regionaler Emittentenstrukturen in Deutschland – Das Beispiel Baden-Württemberg.
- 99-04 Walter A. Oechsler
Gabriel Wiskemann Flexibilisierung von Entgeltsystemen – Voraussetzung für ein systematisches Beschäftigungsmanagement.
- 99-05 Elke Wolf Ingenieure und Facharbeiter im Maschinen- und Anlagenbau und sonstigen Branchen – Analyse der sozialdemographischen Struktur und der Tätigkeitsfelder.
- 99-06 Tobias H. Eckerle, Thomas Eckert,
Jürgen Egel, Margit Himmel,
Annette Hügel, Thomas Kübler,
Vera Lessat, Stephan Vaterlaus,
Stefan Weil Struktur und Entwicklung des Oberrheingrabens als europäischer Wirtschaftsstandort (Kurzfassung).
- 00-01 Alfred Spielkamp, Herbert Berteit,
Dirk Czamitzki, Siegfried Ransch,
Reinhard Schüssler Forschung, Entwicklung und Innovation in produktionsnahen Dienstleistungsbereichen. Impulse für die ostdeutsche Industrie und Perspektiven.
- 00-02 Matthias Almus, Dirk Engel,
Susanne Prantl The „Mannheim Foundation Panels“ of the Centre for European Economic Research (ZEW).
- 00-03 Bernhard Boockmann Decision-Making on ILO Conventions and Recommendations: Legal Framework and Application.
- 00-04 Otto H. Jacobs, Christoph Spengel,
Gerd Gutekunst, Rico A. Hermann,
Claudia Jaeger, Katja Müller,
Michaela Seybold, Thorsten Stetter,
Michael Vituschek Stellungnahme zum Steuersenkungsgesetz.
- 00-05 Horst Entorf, Hannes Spengler Development and Validation of Scientific Indicators of the Relationship Between Criminality, Social Cohesion and Economic Performance.
- 00-06 Matthias Almus, Jürgen Egel,
Dirk Engel, Helmut Gassler Unternehmensgründungsgeschehen in Österreich bis 1998. ENDBERICHT zum Projekt Nr. 1.62.00046 im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr (BMWV) der Republik Österreich.
- 00-07 Herbert S. Buscher,
Claudia Stirböck, Tereza Tykvová,
Peter Westerheide Unterschiede im Transmissionsweg geldpolitischer Impulse. Eine Analyse für wichtige Exportländer Baden-Württembergs in der Europäischen Währungsunion.
- 00-08 Helmut Schröder
Thomas Zwick Identifizierung neuer oder zu modernisierender, dienstleistungsbezogener Ausbildungsberufe und deren Qualifikationsanforderungen
Band 1: Gesundheitswesen; Botanische/Zoologische Gärten/Naturparks; Sport
Band 2: Werbung; Neue Medien; Fernmeldedienste; Datenverarbeitung und Datenbanken
Band 3: Technische Untersuchung und Beratung; Architektur- und Ingenieurbüros; Unternehmens- und Public-Relations-Beratung
Band 4: Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen; Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten; Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Messwirtschaft
Band 5: Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal; Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften; Personen- und Objektschutzdienste; Verkehrsvermittlung; Reiseveranstalter und Fremdenführer

00-09	Wolfgang Franz, Martin Gutzeit, Jan Lessner, Walter A. Oechsler, Friedhelm Pfeiffer, Lars Reichmann, Volker Rieble, Jochen Roll	Flexibilisierung der Arbeitsentgelte und Beschäftigungseffekte. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung.
00-10	Norbert Janz	Quellen für Innovationen: Analyse der ZEW-Innovationserhebungen 1999 im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor.
00-11	Matthias Krey, Sigurd Weinreich	Internalisierung externer Klimakosten im Pkw-Verkehr in Deutschland.
00-12	Karl Ludwig Brockmann Christoph Böhringer Marcus Stronzik	Flexible Instrumente in der deutschen Klimapolitik – Chancen und Risiken.
00-13	Marcus Stronzik, Birgit Dette, Anke Herold	„Early Crediting“ als klimapolitisches Instrument. Eine ökonomische und rechtliche Analyse.
00-14	Dirk Czarnitzki, Christian Rammer Alfred Spielkamp	Interaktion zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland. Ergebnisse einer Umfrage bei Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen.
00-15	Dirk Czarnitzki, Jürgen Egel Thomas Eckert, Christina Elnscher	Internetangebote zum Wissens- und Technologietransfer in Deutschland. Bestandsaufnahme, Funktionalität und Alternativen.
01-01	Matthias Almus, Susanne Prantl, Josef Brüderl, Konrad Stahl, Michael Woywode	Die ZEW-Gründerstudie – Konzeption und Erhebung.
01-02	Charlotte Lauer	Educational Attainment: A French-German Comparison.
01-03	Martin Gutzeit Hermann Reichold Volker Rieble	Entgeltflexibilisierung aus juristischer Sicht. Juristische Beiträge des interdisziplinären Symposiums „Flexibilisierung des Arbeitsentgelts aus ökonomischer und juristischer Sicht“ am 25. und 26. Januar 2001 in Mannheim.
02-01	Dirk Engel, Helmut Fryges	Aufbereitung und Angebot der ZEW Gründungsindikatoren.
02-02	Marian Beise, Thomas Cleff, Oliver Heneric, Christian Rammer	Lead Markt Deutschland. Zur Position Deutschlands als führender Absatzmarkt für Innovationen. Thematische Schwerpunktstudie im Rahmen der Berichterstattung zur Technologischen Leistungsfähigkeit im Auftrag des bmb+f (Endbericht).
02-03	Sandra Gottschalk, Norbert Janz, Bettina Peters, Christian Rammer, Tobias Schmidt	Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft: Hintergrundbericht zur Innovationserhebung 2001.
03-01	Otto H. Jacobs, Ulrich Schreiber, Christoph Spengel, Gerd Gutekunst Lothar Lammersen	Stellungnahme zum Steuervergünstigungsabbaugesetz und zu weiteren steuerlichen Maßnahmen.
03-02	Jürgen Egel, Sandra Gottschalk, Christian Rammer, Alfred Spielkamp	Spinoff-Gründungen aus der öffentlichen Forschung in Deutschland.
03-03	Jürgen Egel, Thomas Eckert Heinz Griesbach, Christoph Heine Ulrich Heublein, Christian Kerst, Michael Leszczensky, Elke Middendorf, Karl-Heinz Minks, Brigitta Weitz	Indikatoren zur Ausbildung im Hochschulbereich. Studie zum Innovationssystem Deutschlands.
03-04	Jürgen Egel, Sandra Gottschalk, Christian Rammer, Alfred Spielkamp	Public Research Spin-offs in Germany.
03-05	Denis Beninger	Emploi et social en France: Description et évaluation.
03-06	Peter Jacobebbinghaus, Viktor Steiner	Dokumentation des Steuer-Transfer-Mikrosimulationsmodells STSM.
03-07	Andreas Ammermüller, Bernhard Boockmann, Alfred Garloff, Anja Kuckulenz, Alexander Spermann	Die ZEW-Erhebung bei Zeitarbeitsbetrieben. Dokumentation der Umfrage und Ergebnisse von Analysen.